



**Protokoll der 32. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 22. Juni 2022, 17:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Samuel Kienast

Namensaufruf: 35 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderätin Lisa Badertscher, Gemeinderat Reto Brunschweiler, Gemeinderat Heinrich Christ, Gemeinderat Roland Wetli, Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

Gemeinderatssekretär: Giuseppe D'Alelio

- - -

Traktanden

- 166 Mitteilungen
- 167 Protokoll der Sitzung vom 27. April 2022
- 168 Protokoll der Sitzung vom 11. Mai 2022
- 169 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Michael Lerch, Fraktion FDP)
- 170 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen für den Rest der Legislatur 2019 – 2023 (Nachfolge Alfred Bloch, Fraktion SP)
- 171 Geschäftsbericht und Rechnung der Stadt Frauenfeld und ihrer Betriebe für das Jahr 2021
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 172 Botschaft Nr. 36 «Kauf Parzelle 50966 – Pflanzschulweg von der Primarschulgemeinde Frauenfeld»
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich hoffe, dass ihr alle mit uns zusammen gefeiert habt an diesem wunderbaren Mitsommerfest und die Tage genossen habt. Und ich möchte von hier aus auch nochmals einen Dank ans OK und allen beteiligten Vereinen ausdrücken, die uns diese tollen Tage ermöglicht haben. Bemerkenswert ist vielleicht in diesem Rahmen noch, dass das Fest auch Gelegenheit geboten hat, dass die Stadtpräsidenten ihre Höflichkeit unter Beweis stellen konnten; sowohl der Stadtpräsident als auch mein Vize und ich selber haben den Himalaja bestiegen – und das könnte ja vielleicht ein gutes Omen sein für allfällige Höhenflüge oder schwindelerregende Herausforderungen, die uns in der nächsten Zeit erwarten könnten. Nun erwartet uns heute kein weiteres Fest, sondern die Beratung der Zahlen der Rechnung des letzten Jahres, und da tut uns ein Witz zum Thema Geld vielleicht recht gut.

Ich erzähle normalerweise keine Blondinenwitze, aber diesen hier muss ich einfach loswerden:

Eine Blondine besuchte einen Bankschalter und sagte zum Banker, sie müsse eine halbe Million haben. Der Banker sah ein bisschen irritiert aus und sagte: «Für eine halbe Million brauche ich schon eine gewisse Sicherheit, damit ich das geben kann.» Da sagt die Blondine zu ihm: «Ich habe da einen Ferrari draussen, nigelnagelneu, ich kann den dalassen, da ist der Schlüssel.» Sagt der Banker: «Super, Ferrari, das reicht mir als Sicherheit», nimmt den Autoschlüssel, gibt ihr die halbe Million und das Geschäft ist erledigt. Vier Wochen später kommt die Blondine zurück und sagt: «Da ist die halbe Million, kann ich meinen Autoschlüssel wieder haben?» Der Banker macht das schön gewissenhaft und bevor sie geht, sagt er noch kurz: «Jetzt nimmt es mich doch wunder, was ist die Geschichte dahinter? Wieso brauchen Sie eine halbe Million, wenn Sie einen Ferrari haben und nach vier Wochen bringen Sie mir das Geld zurück?» Sagt die Blondine zu ihm: «Ich ging einen Monat in die Ferien und es gibt keinen anderen Ort, wo ich meinen Ferrari so günstig parkieren kann.»

Ich hoffe, wir gehen ähnlich intelligent mit unserem Reichtum um in unseren Besprechungen. Und dazu noch den versprochenen Bibelvers, eine rund 3000 Jahre alte Weisheit aus Sprüche 21 Vers 20: «Wertvolle Schätze und duftendes Öl sammeln sich im Haus des Weisen, aber ein Dummkopf vergeudet alles.»

Nun hoffe ich, dass wir uns im Diskutieren eher an der Blondine orientieren und uns nicht als Dummköpfe erweisen. In diesem Sinn, geschätzte Ratsmitglieder, wünsche ich uns eine kurzweilige und interessante Sitzung und vertraue darauf, dass die Diskussionen respektvoll und konstruktiv ablaufen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass 35 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

166

MITTEILUNGEN**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):**

1. Zuerst freue ich mich, dass ich neue Gesichter unter uns begrüßen darf: Gemeinderätin Susanne Weibel Hugentobler und Gemeinderat Robin Goldinger. Trotz lädiertem Bein ist er zur Sitzung erschienen. Ich wünsche euch, dass ihr euch schnell im Gemeinderat zurechtfindet und viel Freude habt an der politischen Arbeit und an allem Weiteren, was euer Amt mit sich bringt. Herzlich willkommen.
2. An Ihren Plätzen liegt das lachsfarbene Papier der GPK Finanzen und Administration zur Botschaft Nr. 36 auf.
3. Mit Beschluss Nr. 162 vom 10. Mai 2022 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage «Transparente Information zu Liegenschaftskäufen in der Altstadt» von Gemeinderat Stefan Leuthold beantwortet.
4. Mit Beschluss Nr. 171 vom 17. Mai 2022 hat der Stadtrat den Rücktritt von Gemeinderat Stefan Geiges per 31. August 2022 unter Verdankung des langjährigen Dienstes genehmigt und mit Beschluss Nr. 188 vom 31. Mai 2022 wurde Ruth Krähenmann per 1. September 2022 für den Rest der Legislatur als gewählt erklärt.
5. Mit Beschluss Nr. 178 vom 24. Mai 2022 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage «Social Media Strategie für die Stadt Frauenfeld» von Gemeinderätin Lisa Badertscher beantwortet.
6. Mit Beschluss Nr. 189 vom 31. Mai 2022 hat der Stadtrat Gemeinderätin Susanne Weibel anstelle von Alfred Bloch in die Begutachtungskommission für Besoldungsfragen gewählt.
7. Die Frist für das fakultative Referendum betreffend die Gewährung eines Zusatzkredits von 650'000 Franken bei einem Bruttobaukredit von 1'850'000 Franken für den Neubau einer Tierkörpersammelstelle ist am 13. Juni 2022 ungenutzt verstrichen.

167

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 27. APRIL 2022

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das Protokoll der Sitzung vom 27. April wurde am 5. Mai im Dossierbrowser hochgeladen, bisher sind keine Änderungswünsche eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Protokoll stillschweigend genehmigt.

168

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 11. MAI 2022

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Das Protokoll der Sitzung vom 11. Mai wurde am 20. Mai im Dossierbrowser hochgeladen. Ich gehe davon aus, dass zu den Voten von Alt-Gemeinderatspräsident Claudio Bernold und von mir keine Änderungswünsche vorhanden sind, dennoch stelle ich das Protokoll zur Diskussion. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist auch dieses Protokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für die beiden Protokolle.

169

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK BAU UND WERKE FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE VON MICHAEL LERCH DER FRAKTION FDP)

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Michael Lerch ist per Ende Mai als Gemeinderat und Mitglied der GPK Bau und Werke zurückgetreten, die Fraktion FDP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für ein Mitglied der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur 2019 – 2023. Nur zur Klärung: Das ist kein Service, der von jetzt an jedem zuteilkommt, das ist ein Sonderfall.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Es heisst ja, wir haben eine Sitzung, ich nehme das heute mal sehr wörtlich und vielen Dank für die Unterstützung an Giuseppe. Wir schlagen Ihnen für die Nachfolge von Michael Lerch Claudio Bernold vor. Claudio Bernold hat genügend Erfahrung in diesem Gemeinderat und bringt auch das nötige Rüstzeug mit im Bereich Bau. Deshalb bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Vorgeschlagen ist Gemeinderat Claudio Bernold. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein.

Abstimmung

Gemeinderat Claudio Bernold wird einstimmig – bei Enthaltung der eigenen Stimme – als Mitglied der GPK Bau und Werke für den Rest der Legislatur gewählt.

170

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK GESELLSCHAFT, GESUNDHEIT UND FREIZEITANLAGEN FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 – 2023 (NACHFOLGE ALFRED BLOCH, FRAKTION SP)

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Per Ende Mai ist Alfred Bloch, Gemeinderat und Mitglied der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen zurückgetreten. Die Fraktion SP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für diese GPK für den Rest der Legislatur.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Wir schlagen Ihnen Susanne Weibel als Nachfolge von Alfred Bloch vor. Sie wird auch hier Alfred Bloch ersetzen. Wir haben keine Bedenken, dass sie das nicht schaffen wird und hoffen auf Ihre Unterstützung.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Vorgeschlagen ist Gemeinderätin Susanne Weibel. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Darum schlage ich vor, gemäss demselben Artikel wie vorhin die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? – Da gibt es keine Bedenken.

Abstimmung

Gemeinderätin Susanne Weibel wird einstimmig – bei Enthaltung der eigenen Stimme – als Mitglied der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen für den Rest der Legislatur gewählt.

171

GESCHÄFTSBERICHT UND RECHNUNG DER STADT FRAUENFELD UND IHRER BETRIEBE FÜR DAS JAHR 2021

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Die Botschaft Nr. 35 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 12. März 2022 und die Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das vergangene Jahr wurden am 2. Mai in den Dossierbrowser geladen und der Rechenschaftsbericht lag an der Gemeinderatssitzung vom 11. Mai auf. Im Namen von uns, des Rats, möchte ich mich bei der gesamten Verwaltung, den Exekutivpolitikern und dem Finanzchef Reto Angehrn für die vorliegenden Unterlagen bedanken. Ein besonderer Dank geht an das Finanzamt für die neue Durchnummerierung der Rechnungsunterlagen. Ihr werdet es merken, dass es uns das viel einfacher macht, da die Seitenzahlen so im physischen Ordner und im elektronischen Dokument übereinstimmen. Herzlichen Dank, das ist sehr hilfreich. Weiter danke ich im Namen des Gemeinderats auch allen Mitarbeitenden für ihre Leistung im vergangenen Jahr. Für die Behandlung der Rechnung schlage ich folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte, die sich wirklich auf das Eintreten zu beschränken hat, erfolgt die materielle Beratung innerhalb der einzelnen Departemente, ohne seitenweise durchzublätern. Dazu werden die GPK-Sprecher zu den einzelnen Departementen, Ämtern oder städtischen Betrieben als erste referieren. Danach kommen die Vertreter der einzelnen Fraktionen, zum Schluss noch die weiteren Meldungen aus dem Rat. Jetzt sehe ich gerade, dass ich das falsch gesagt habe, weil wir nachher nur in den Departementen besprechen. Sind allgemeine Voten zur Rechnung, kann man diese auch schon beim Eintreten machen, damit wir nicht alle zweimal ans Mikrofon bitten müssen. Man darf also diesmal beim Eintreten auch schon Voten zur Gesamtrechnung machen. Für Wortmeldungen zu einzelnen Abteilungen oder spezifischen Konten bitte ich jeweils, die Seitenzahl, die Kontogruppe und die Kontonummer zu nennen. Wenn noch Anträge kommen sollten, bitte ich, diese schriftlich abzugeben. Innerhalb der Departemente werden wir immer zuerst die Rechnung im Register 3, dann die dazugehörige Investitionsrechnung im Register 2 beraten, im Anschluss an die Beratung der Departemente werden wir die Bilanz in Register 4 und den Anhang in Register 5 behandeln. Danach werden die Rechnungen der Betriebe Register 6 ff. und die Rechnung des Alterszentrums Register 10 ff. beraten. Bevor wir am Schluss über die Anträge abstimmen, besteht noch die Gelegenheit zu einer Diskussion über den Geschäftsbericht. Bestehen gegen dieses Vorgehen Einwände seitens des Rats? – Dies scheint nicht der Fall zu sein, somit ist das Vorgehen stillschweigend genehmigt.

EINTRETEN

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Botschaft zu den Rechnungen und dem Geschäftsbericht der Stadt liegt nun vor. Endlich, bin ich geneigt zu sagen. Dazu aber am Ende mehr. Inhaltlich ist zu sagen, dass das Resultat der letzten Rechnung primär eines ist: unspektakulär. Die grösseren Abweichungen sind grundsätzlich erklärbar. Man hat das Budget leicht übertroffen und ist insgesamt trotz der vielen negativen Vorzeichen und der coronabedingten Unsicherheiten im positiven Bereich gelandet. Und dennoch ist nicht alles Gold, was glänzt. Die Rechnung bringt nämlich auch einiges zum Vorschein. So ist nämlich das Rechnungsergebnis der Stadtverwaltung zwar besser als budgetiert, aber nach wie vor negativ, und das obwohl die grossen Coronaauswirkungen vermutlich noch ausstehen. Weiter wurde bei den Sozialen Diensten im Asylbereich ein beträchtlicher Gewinn erwirtschaftet, was wohl kaum im Sinn der Sache ist. Und der bisherige – entschuldigen Sie den Begriff – Goldesel Thurplus scheint auch langsam aber sicher an Margen einzubüssen und hat mit einem sehr volatilen Umfeld zu kämpfen. Dies aber bereits schon vor der aktuellen Krise, deren Einflüsse wir erst in einem Jahr hier besprechen werden.

Verstehen Sie mich bitte richtig, diese Aufzählung ist in keiner Form eine Kritik, sondern schlicht eine Feststellung, die wir so in der Kommission gemacht haben. Die Kommission ist umso mehr am Bericht der Taskforce interessiert, welche die Konsequenzen und Schlüsse aus der Pandemie

ziehen soll sowie auch im Groben aufzeigt, welche finanziellen Effekte Corona wirklich auf die Stadt und deren Ergebnis hatte. Zudem prognostiziert der Stadtrat seit längerem schlechte Zahlen, wenn auch bisher meist eher vergebens. Und bisher – sagen wir zum Glück – präsentierte Lösungen scheinen einzig eine Steuererhöhung zu sein. So zumindest ist es den Worten des Stadtrats zu entnehmen. Wie man dieser Entwicklung wirklich Herr werden will, auch angesichts der anstehenden Investitionen, ist leider nach wie vor unklar. Und wenn wir schon beim Stichwort Investitionen sind, so möchte ich einmal mehr darauf hinweisen, dass diese erneut weit entfernt vom Budget sind. Rechnet man die Pauschalkürzung hinaus, liegt man noch bei ca. 54%, was de facto noch tiefer ist als vor der Einführung dieser Pauschalkürzung. Der unmittelbare Effekt auf die Rechnung ist hierbei zwar beinahe marginal, dennoch verzerrt dies das allgemeine Bild, insbesondere den Finanzplan, die Kennzahlen und löst gesetzliche Fragen zur Planung aus. Nichtsdestotrotz ist man sich auch in der Kommission bewusst, dass eine bessere Planung auch teuer ist, möglicherweise zu teuer. Aber wie gesagt, insgesamt wohl eher unspektakulär, aber mit Ausrufezeichen. Daher war das Eintreten in der GPK unbestritten und, das darf ich auch vorwegnehmen, auch den Anträgen 2 und 2.1 wurde einstimmig zugestimmt.

Nun möchte ich noch kurz zum Geschäftsbericht Stellung nehmen. Diesen konnten wir auch erst im Nachgang beraten und einmal mehr, Sie erinnern sich an die Ausführungen meines Vorgängers im letzten Jahr, einzig genehmigen oder ablehnen. Da es aber doch noch einigen Bedarf zur Überarbeitung gab, äussert die Kommission den eindringlichen Wunsch, die inhaltlichen Fehler zu korrigieren und genehmigte aufgrund des zustimmenden Nickens des Stadtpräsidenten den Geschäftsbericht und nahm somit den Antrag 1 aus dem Geschäftsbericht einstimmig an.

Nun aber noch zum Prozess, wie initial erwähnt, zur Rechnungserstellung und Beratung: Ich erlaube mir, an dieser Stelle für alle drei GPKs zu sprechen. Die Kommissionen möchten die sehr kurzfristige Zustellung der Botschaft und die eindeutig verspätete Zustellung des Geschäftsberichts kritisieren. Dies erschwert die gewissenhafte Prüfung ungemein und reduziert dadurch auch den Wert der gemeinsamen Kommissionssitzung zur Erläuterung der einzelnen Departemente und Betriebe. Diese Thematik wird nächstes Jahr noch heikler aufgrund des Legislaturenendes, und ich bitte den Stadtrat sowie den Gemeinderatspräsidenten, bei der Terminsetzung hierauf so viel Rücksicht zu nehmen wie möglich.

Gleichwohl möchte ich es nicht unterlassen, an dieser Stelle auch zu loben. So sind einmal mehr, wie vorhin schon gehört, die Aufmachung und der Informationsgehalt sowie auch der Lesefluss verbessert worden, und zwar in allen Bereichen der Botschaft. Zuvor geäusserte Kritik wird regelmässig an diesen Punkten abgewägt und wo immer möglich auch umgesetzt. Dies möchte ich ganz bewusst hervorheben, dass die Unterlagen im Grossen und Ganzen sowieso bereits einen sehr hohen Standard haben und jedes Jahr weiter verbessert werden. Daher gilt mein Dank dem Finanzchef Reto Angehrn und seinem Team sowie allen Beteiligten, welche die Rechnung erstellt haben. Weiter auch möchte ich es nicht unterlassen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr zu danken, welches wir letztendlich mit der vorliegenden Rechnung endgültig zum Abschluss bringen.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Der Stadtrat unterbreitet uns mit der vorliegenden Botschaft Nr. 35 Geschäftsbericht und Rechnung der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe. Die Konsultation der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen zeigt, dass das zweite Pandemiejahr uns glücklicherweise eine äusserst unspektakuläre Rechnung bescherte. Das Defizit der Stadt konnte von den budgetierten 3.5 Mio. Franken auf 1.7 Mio. Franken reduziert werden. Das ist grundsätzlich erfreulich respektive verhalten positiv, wie es der Stadtrat nennt, aber am Ende eben immer noch ein Defizit. Andere Thurgauer Städte und auch der Kanton konnten gar einen Ertragsüberschuss erzielen, dazu hat es bei uns nicht gereicht. Ich finde es aber mindestens moralisch gar nicht mal so schlecht, wenn wir in Krisenzeiten keinen Ertragsüberschuss ausweisen. Ich würde trotzdem sagen, wir sind diesmal mit einem blauen Auge davongekommen. Unsere Zahlen zeigen letztlich einen ordentlichen Handlungsbedarf, damit die

Stadt ihre zukünftigen Projekte, die bekanntlich zahlreich und häufig auch sehr teuer sind, rechtzeitig angehen und umsetzen kann. Uns fehlt halt einfach der Fahrplan, wie es in den nächsten Jahren aussehen soll. Wir wissen alle, welche grösseren Projekte derzeit anstehen und was die Stadt in den nächsten Jahren alles bewältigen will. Das ist grundsätzlich löblich und auch nicht ganz so prekär, wie einem ein gewisser Leserbrief weismachen will. Aber dennoch bleibt der schale Beigeschmack, dass wir nicht wissen, welches Projekt effektiv wann angegangen wird und wie wir die Finanzierung hinkriegen sollen. Verstehen Sie mich richtig, ich finde es grossartig, was die Stadt alles anpacken will, aber bei der Priorisierung der Projekte werden wir einfach nicht zufriedenstellend informiert. Man denke nur an die Festhütte, wo wir mit dem letzten Budget nebenbei vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Passiert das beim neuen Stadtbushof oder gar beim Umbau der Kaserne auch? Wir wissen es nicht. Und wir wissen leider noch viel weniger, wie sich der Stadtrat die Finanzierung der grossen Projekte – ausser vielleicht des Hallenbads – vorstellt. Hier besteht wirklich noch Verbesserungspotenzial und ich nutze die Gelegenheit und ermuntere den Stadtrat dazu, in diesem Bereich transparenter zu werden.

Dann noch ein paar Worte zum Geschäftsbericht: Besten Dank dafür. Er ist ansprechend gemacht und beinhaltet sehr interessante Informationen, bei denen ich es persönlich schade finde, dass man diese nur im Geschäftsbericht findet. Aber da jammere ich auf hohem Niveau. Wenn es aber um die fehlerhaften Inhalte geht, so bitten wir doch um ein wenig mehr Sorgfalt beim nächsten Versuch. Ich verweise gern auf die Seite mit den Kommissionen, die unzählige Fehler aufweist. Beispielsweise ist Alt-Gemeinderätin Félicie Haueter noch als Mitglied der GPK Finanzen und Administration aufgeführt. Félicie trat bereits 2020 aus dem Gemeinderat zurück. Aber auch hier: Im Detail kann man motzen, im Grossen und Ganzen wird aber gute Arbeit geleistet. Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die ausführliche Botschaft zur Rechnung und zum Geschäftsbericht und bei allen Beteiligten für die weitgehend saubere und sorgfältige Arbeit.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Das kleine Minus – aber immer noch das Minus – ist durch Corona zu erklären. Hier sind wir vor allem gespannt auf den Erkenntnisbericht der Taskforce, der angekündigt ist, weil in der Botschaft doch eher mager über die Auswirkungen von Corona berichtet wurde. Dazu stellen sich die aus unserer Sicht üblichen Sorgenkinder: Erstens das strukturelle Defizit und vor allem die einseitige Konzentration auf Steuererhöhung zu dessen Beseitigung, zweitens der chronisch tiefe Umsetzungsgrad der Investitionen und drittens, dass sich Thurplus zu sehr als Firma versteht, die nur umsetzt, was Gewinn verspricht. Dabei müsste dieser Gemeindebetrieb der Stadt Frauenfeld mit eigener Rechnungslegung wie in seinem Reglement vorgesehen als Schlüsselakteur zur Erreichung der Energiewende in der Region Frauenfeld in Erscheinung treten. Man würde damit erwarten, dass bei allen Geschäften immer auch der ökologische Nutzen quantifiziert wird, und zwar auch im Vergleich zu möglichen Alternativen, die nicht durch Thurplus betrieben werden. Leider ist das nicht der Fall. Genauso, wie viel eher zufällig passiert, einfach weil sich gerade gute und teilweise auch aus unserer Sicht sehr unterstützenswerte Gelegenheiten bieten. Aber es scheint nicht systematisch geplant oder vorgespurt. So zum Beispiel die Energiezentrale im Ergänzungsneubau des kantonalen Regierungsgebäudes oder das Holzheizwerk der Bioenergie Frauenfeld. Wir erwarten hier vom Stadtrat mehr klima- und energiepolitische Führung, und zwar im Interesse von Frauenfeld und nicht von Thurplus. Es müssen eindeutig mehr klima- und energiepolitische PS auf den Boden respektive Watt in die Leitung gebracht werden. Im momentanen Tempo wird in Frauenfeld der letzte Gasanschluss in Wohnhäusern erst in 100 Jahren verschwinden.

Aber wir können Thurplus auch ein Kränzchen winden. Aus Fragen, die darauf abzielten, mehr Transparenz über die Geschäfte unseres Gemeindebetriebs zu erreichen, wurde vieles aufgenommen, es wird umfassend erklärt und ausgewiesen. Vielen Dank dafür.

Generell wollen wir noch anmerken, dass der Zeitpunkt des Erhalts der Rechnungsunterlagen bis zu den ersten GPK-Sitzungen sehr knapp ist. Der Geschäftsbericht stand gewissen GPKs an ihren ersten Sitzungen nicht zur Verfügung. Das erachten wir als ein No-Go, denn der Geschäftsbe-

richt ist Teil der Botschaft. Aber die Fristen können wir im Gemeinderat ja selbst setzen, worüber wir einmal nachdenken sollten.

Der Geschäftsbericht wird von uns sehr geschätzt und wir wollen all den Mitautor/innen an dieser Stelle danken. Leider sind doch einige bereits genannte Ungenauigkeiten im Bericht enthalten, so sind wir zum Beispiel auch nur 39 Gemeinderatsmitglieder.

Wir danken der Stadt und allen Mitarbeitenden für die Erstellung dieser umfangreichen Unterlagen. Wir haben keine Anträge zur Rechnung und werden voraussichtlich den Anträgen einstimmig zustimmen.

Gemeinderätin Severine Hänni (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Obwohl die Rechnung besser ausfiel als budgetiert, hält sich die Freude bei uns in Grenzen. Denn ein Defizit bleibt ein Defizit. Für uns wird immer deutlicher klar, dass Lösungen gefunden werden müssen. In der Budgetierungsphase müssen Dienstleistungen und Freizeitanlagen genau unter die Lupe genommen werden. Es muss geprüft werden, welche Angebote sich die Stadt wirklich leisten kann, ebenfalls muss der Stellenplan hinterfragt werden. Es muss eingehend geprüft werden, ob alle Aufgaben noch zeitgemäss sind und jede Person die richtige Aufgabe hat. Über die einzelnen Zahlen möchte ich nicht mehr viele Worte verlieren, diese wurden in den GPKs eingehend behandelt und sind ohnehin gegeben und wenig diskutierbar.

Bedauerlich finden wir, dass wiederum einiges weniger investiert wurde als angedacht. Leider fehlt uns ansonsten nach wie vor ein erkennbarer Sparwille. Die tieferen Sozialhilfekosten als budgetiert werden sicherlich für das aktuelle Jahr angesichts der aktuellen Lage wieder steigen. Eine Verbesserung der Rechnung für die folgenden Jahre ist nicht in Sicht. Für uns muss aber eine Kostendeckung klar das Ziel sein. Da wir nicht hinter einem negativen Abschluss stehen können, werden wir den Antrag 2 grossmehrheitlich nicht unterstützen.

Das Ergebnis von Thurplus ist wie erwartet sehr gut und weicht nur leicht vom Budget ab. Dieses Ergebnis freut uns und gab in der Fraktion wenig zu diskutieren. Zur Wärmestrategie lässt sich sagen, dass wir die eingeschlagene Richtung unterstützen. Wichtig für uns bleibt zu betonen, dass zu gegebener Zeit eine Phase der Konsolidierung erfolgen muss, sodass die Last nicht überbordet.

Das AZP schliesst leider klar unter den Erwartungen ab. Hierzu führten vor allem tiefere Belegungen und höhere Personalkosten und auch eine starke Fluktuation. Temporäre Arbeitskräfte, welche die fehlenden Mitarbeiter kompensieren, führen zu höheren Personalkosten. Positiv zu erwähnen bleibt, dass das Restaurant nach der Schliessung wieder gut angelaufen ist.

Zum Schluss bedanken wir uns bei allen Beteiligten, namentlich dem Stadtrat, den Amtsleitern, dem Finanzchef, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihr geleistetes Engagement und die Arbeit im vergangenen Jahr. Die SVP/EDU-Fraktion wird den Anträgen ausser dem vorhin erwähnten grossmehrheitlich zustimmen.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Das Jahr 2021 war zwar nicht so verrückt wie das Jahr 2020, erinnern wir uns doch an geschlossene Läden, Restaurants, Schulen und dergleichen, und doch dominierte das Thema Corona einmal mehr. Die Auswirkungen sind oder waren auf die Rechnung nach wie vor spürbar. Wie sich das konkret auf die Rechnung 2021 ausgewirkt hat, ist je nach Departement schwierig zu quantifizieren, deshalb ist die Beurteilung der Rechnung für alle Betriebe differenziert vorzunehmen. Nur bezogen auf die Rechnungszahlen stehen die Ampeln bei der Stadtverwaltung auf Gelb, bei Thurplus auf Grün und beim AZP auf Grüngelb, wo gerade Corona mit einem Verlust von 0.53 Mio. Franken im letzten Jahr nochmals deutliche Spuren hinterlassen hat. Für uns ist klar, bei den Ausgaben ist eiserne Disziplin gefragt. Es muss immer wieder die Frage gestellt werden: Ist es Aufgabe der öffentlichen Hand oder sind es sogenannte nice to have Goodies, die gefordert

werden? Gerade in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was beispielsweise der Mehrwert des kürzlich oder bald diskutierten Informationsreglements ist. Oder der Personalaufwand: Seit Jahren steigt dieser kontinuierlich an, bei der Stadtverwaltung liegen wir jetzt bei 24.4 Mio. Franken. Im Jahr 2018 lag dieser noch bei 22 Mio. Franken. Eine satte Steigerung von über 2 Mio. Franken oder 9 % in drei Jahren. Fairerweise gerechnet ohne die Einmalzahlung für die Überzeitkompensation der Mitarbeiter beim Werkhof. Natürlich ist die Stadt gewachsen, hat mehr Einwohner, das führt konsequenterweise zu mehr Aufwand und mehr Arbeit. Es gab auch immer gute Argumente bei den Stellenerhöhungen. Würde sich die Steigerung auch auf der Einnahmenseite widerspiegeln, wäre alles im Lot. Aber die Fiskalbeiträge sind nicht im gleichen Rahmen gestiegen, sondern gesunken. Von Fr. 41.8 Mio. im Jahr 2018 auf 41.5 Mio. Franken im letzten Jahr. Die Anzahl der Steuerpflichtigen steigt seit Jahren kontinuierlich, die Steuerkraft der Einwohner ist aber seit 2018 am sinken. Steuerkräftigen Einwohnern und Firmen ist entsprechend Sorge zu tragen.

Klar, wie einleitend gesagt, die Betrachtung ist differenziert vorzunehmen. Es ist heute auch nicht der Zeitpunkt, um hier Kehraus zu machen. Aber dieser politische Prozess des Hinterfragens ist zu starten. Digitalisierung, Prozessvereinfachung sind hier nur zwei Stichworte. Und eben – auch Nein sagen. Es kann nicht einfach bei Bedarf eine Steuererhöhung verlangt werden, das ist zu einfach. Es gilt, Mittel und Wege abzuwägen. In der Medienmitteilung des Stadtrats wurde hervorgehoben, dass in der Stadtverwaltung im Vergleich zum budgetierten Verlust von 3.54 Mio. Franken nur ein Verlust von 1.71 Mio. Franken realisiert wurde. Aufgrund der guten Eigenkapitalsituation ist das kein Anlass, um nervös zu werden. Wir dürfen uns aber auch nicht daran gewöhnen.

Die Nettoinvestitionen sind enttäuschend tief mit 9.9 Mio. Franken. Natürlich, auch hier gibt es immer wieder Gründe, warum sich Projekte verzögern, aber ein Umsetzungsgrad von 67.5% ist tief. Zudem wurde bereits eine Budgetkorrektur von 20 % vorgenommen, das wurde vom GPK-Präsidenten bereits angetönt. Hier fordern wir den Stadtrat auf, sich Gedanken zu machen, ob die Budgetierung von Investitionen richtig aufgegleist ist. Wir sprechen nun seit Jahren über das gleiche Thema. Gerade in Anbetracht der geplanten Investitionsvorhaben und deren Grösse ist es wichtig, dass wir das im Griff haben. Wie in der Botschaft dargelegt, hat die Stadt in den letzten sieben Jahren 19.9 Mio. Franken mehr ausgegeben als eingenommen. Mit 71.6 Mio. Franken verfügen wir über einen hohen Bilanzüberschuss. Trotzdem müssen wir uns bewusst sein, Abbau geht schneller als Aufbau. Es sind einige Projekte in der Pipeline mit einem sehr hohen Preisschild. Wir fordern den Stadtrat auch auf, sich beim Kanton dafür einzusetzen, dass für Zentrumslasten im Rahmen des Finanzausgleichs Lösungen gefunden werden. Wir haben es beim Hallenbad gesehen, Nachbargemeinden haben zwar ein offenes Ohr, aber kein offenes Portemonnaie.

Zum Schluss bedankt sich die FDP-Fraktion bei allen involvierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung der Abrechnungsunterlagen und den Angestellten, den Amtsleitern, dem Finanzchef und dem Stadtrat für die geleistete Arbeit im letzten Jahr. Wir werden alle Anträge einstimmig annehmen.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Die Rechnungsabnahme ist ja eigentlich nur ein Rückblick auf faktisch Unveränderliches. Somit möchten wir den Moment vor allem nutzen, um einerseits allen Mitarbeiter/innen der Stadt für ihren verantwortungsvollen Umgang mit unserem Geld zu danken, und andererseits vor allem auch dafür, dass sie in dieser aus verschiedenen Gründen schwierigen Zeit einen so guten Job machen. Merci.

Der Geschäftsbericht ist in ansprechender Form, übersichtlich und erst noch günstig. Eine hohe Priorität hätte unseres Erachtens aber die Korrektheit der darin genannten Personen von Behörden und Kommissionen. Eine grössere Auflage sollte erst dann gedruckt werden, wenn er ge-

nehmigt ist, falls dies heutzutage überhaupt noch nötig ist. Bis dann sollten Korrekturen von Namen unbedingt noch möglich sein.

Wir freuen uns über das erneute Versprechen, dass das IKS, das interne Kontrollsystem, dieses Jahr vollständig umgesetzt werden soll.

Zur Stadtrechnung darf man feststellen, dass sie besser ausfällt als budgetiert. Natürlich kann man dazu auch einfach sagen, wenn ein genügend schlechtes Ergebnis budgetiert ist, kommt es immer besser. Das wäre aber zu kurz gegriffen. Fakt ist doch, dass die ganz grossen Zahlen halt weder im Budget noch in der Rechnung wirklich markant durch die Stadt beeinflusst werden können, weil sie von aussen vorgegeben prognostiziert werden und auch von aussen berechnet werden. Dafür verantwortlich, dass die Vergangenheitszahlen korrekt sind, ist die RPK und der müssen und dürfen wir vertrauen. Besten Dank auch ihr.

Für das Lesen der Rechnung ist die korrekte Darstellung wichtig. Dass Budgetabweichungen von mehr als 10 % oder mehr als 5'000 Franken auf beide Seiten kommentiert werden müssen, ist sympathisch. Umso mehr macht es nachdenklich, dass dann im Konto 2120.3131 einfach 80'000 Franken für die Kaserne vergessen werden und erst auf Nachfrage als Erklärung für die Abweichung dienen. Und nachdenklich, liebe Herren des Stadtrats, bedeutet hier eine ganz schlechte Grundlage für die Zusammenarbeit.

Bei den Sozialen Diensten und der Krankenkassenstelle sind wir überzeugt, dass das gute Case-management äusserst nützlich und seine Kosten wert ist, auch wenn sich das in den Zahlen nicht wirklich ausdrückt. Aber ohne dieses Casemanagement wären die Ausgaben sicher noch viel höher. Die tiefer ausfallenden Parkplatzgebühreneinnahmen sollten wir im langfristigen Vergleich im Auge behalten, auch wenn 2021 Covid und viel Homeoffice wahrscheinlich Einfluss gehabt hat und offensichtlich auch vermehrt Parkplatznutzer die Gebühren im Nachhinein, also die Bussen, bezahlen.

Bei den Investitionen ist der Umsetzungsgrad leider weiterhin sehr tief, aber diese Bautätigkeiten sind halt auch schwer prognostizierbar.

Beim AZP hat die kantonale Unterstützung für das Jahr 2000 im 2021 für den positiveren Abschluss gesorgt. Doch dieser wäre auch damit nicht möglich gewesen, wenn nicht das Personal äusserst flexibel gewesen wäre. Besten Dank auch dafür.

Abschliessend: Wir sind dankbar, wenn jetzt dann die vielen Kontoänderungen wegen Neuorganisationen vorbei sind. Diese machen die längerfristigen Vergleiche für uns Milizler einfach mühsam. Bekanntlich ist nach der Rechnung gleich vor dem Budget. Somit soll man auch hier über die Erwartungen für den Steuerfuss reden. Da kommt von mir natürlich wieder der Aufruf, einfach Leistungen im grösseren Umfang streichen, sollten wir nicht. Aber sie müssen weiterhin hinterfragt werden. Wir sollten aber auf eine Erhöhung des Steuerfusses verzichten, solange wir dies mit einem vernünftigen Einsatz des zu hohen Bilanzüberschusses/Eigenkapitals verantworten können. Damit können wir dieses auch der älteren Generation zurückgeben, bevor diese stirbt. Sie hat es ja auch durch zu hohe Steuerfüsse aufgebaut. Hoffentlich klappt es mit der auf den Seiten 19 und 20 angetönten Verordnungsänderung, sonst müssen wir halt vielleicht etwas frech genug sein und das trotzdem so umsetzen. Wir sind einstimmig der Meinung, dass man allen Anträgen auf Seite 56 und 57 der Botschaft zustimmen kann.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich probiere auf diese Weise, alle Fragen schon im Voraus zu beantworten. Wir hatten im Stadtrat keinen Streit über die Rechnung, meine Nase hatte einfach zu viel Sonne.

Zur Berechnung: Mit 1.7 Mio. Franken Defizit schliesst die Rechnung weniger negativ ab, als wir dies bei der Budgetierung 2020 befürchtet hatten. Sie schliesst damit auch unterhalb der Zwei-

millionengrenze ab, die von Christoph Regli indirekt angesprochen wurde, die wir nämlich im Stadtrat als noch zumutbar vorgesehen haben, um den Bilanzüberschuss abzubauen, bevor man am Steuerfuss ansetzt. Trotzdem haben wir ein strukturelles Defizit, wie das die SP-Fraktion auch festgestellt hat, da dieses Mal Sondereffekte ausgeblieben sind, die in den vergangenen Jahren immer wieder zu positiven Resultaten geführt hatten. Die Steuerfussanpassung, die wir vor vier Jahren beantragt hatten, haben Sie damals abgelehnt, weil auf Vorrat, so Ihre Interpretation. Dass dies nur bedingt eine richtige Einschätzung war, hat sich jetzt 2021 erwiesen.

Wie gesagt, Christoph Regli hat es gesagt, nach der Rechnung ist vor dem Budget. Ihre Voten belegen dies, indem Sie uns einige Hinweise gegeben haben, wo aus Ihrer Sicht anzusetzen wäre, sei es beim Personal, sei es beim Sachaufwand, sei es bei den Investitionen, und dass der Steuerfuss nur im schlimmsten Fall nach oben anzupassen wäre. Diese Haltung hat uns auch bisher gekennzeichnet. Wir haben bisher schon so gehandelt, auch wenn wir das nicht jedes Mal explizit so gesagt haben. Zum Beispiel beim Personal, gerade im Jahr 2021, wo wir auf die individuelle Besoldungsanpassung verzichtet haben. Das hat etwa 200'000 Franken ausgemacht und das ist nachhaltig, das ist jetzt jedes Jahr so. Früher war das quasi eingefroren und steigt jetzt dort weiter. Das heisst, defacto kommt das einem Abbau von zwei Stellen gleich – natürlich finanziell gesprochen.

Beim Sachaufwand haben wir uns sparsam verhalten, indem wir zum Beispiel Projekte zurückgestellt oder verlangsamt haben, sei es zum Beispiel Smart City, oder indem wir bei Investitionen zurückhaltend waren und dort in der Planung, was den Finanzplan betrifft, auf drei Jahre hinausgeschaut haben. Sie haben darauf hingewiesen, dass Ihnen der Plan fehlt, wie wir weiterhin ausblicken wollen. Das werden wir in Zukunft auch bei einem Blick weiter hinaus, auf 10 Jahre hinaus wagen, aber die Unsicherheiten nehmen dann natürlich um einiges zu.

Wir könnten weiter ansetzen, als was wir bisher gemacht haben. Dann aber müssen wir neue Herausforderungen wie zum Beispiel bei den Liegenschaften oder bei der Digitalisierung oder beim IKS mindestens zurückhaltender angehen oder gar nicht. Wir müssten Ungebundenes in jedem Department ganz genau anschauen. Das wäre in meinem Departement zum Beispiel die Kultur. Das haben wir schon probiert, Sie haben uns da einen Stopp gerissen bei der Kaserne im Departement Bau und Verkehr. Bei den Freizeitanlagen, das wurde genannt. Man könnte auch beim Alterskonzept etwas anpassen oder bei der Integration. Sie sehen, es gäbe schon Möglichkeiten, aber ob das sinnvoll ist, dahinter wage ich ein Fragezeichen zu setzen.

Bei den Investitionen anzusetzen ist schwierig. Wie sollen wir all jene Investitionen und Infrastrukturen vor allem halten, die vor 30 bis 50 Jahren mit einem Steuerfuss von sage und schreibe 85 % erstellt wurden? Also unsere Vorgängerschaft hatte das Anderthalbfache an Steuerfuss für die Finanzierung der Infrastruktur und der Aufgaben zur Verfügung. Das ist schon ein bisschen ein Unterschied.

Sie als Gemeinderat und wir als Stadtrat haben uns bisher gemeinsam für eine moderne und attraktive Stadt eingesetzt, die ihrer Rolle als Hauptstadt des Kantons und als kantonales Zentrum gerecht werden möchte. Wenn wir das auch in Zukunft wollen, müssen wir uns zum einen gegenüber dem Kanton, darauf wurde hingewiesen, aber auch gegenüber kleineren und mittleren Gemeinden für einen fairen Finanzausgleich einsetzen, der eben auch die Zentrumsrolle der Städte berücksichtigt, und das tut der jetzige Finanzausgleich nicht, überhaupt nicht oder fast gar nicht. Und wir werden zum anderen nicht umhinkommen, neben gezieltem und sparsamem Mitteleinsatz auch eine moderate Steuerfusserhöhung unter Berücksichtigung des kommunalen Gesamtsteuerfusses ab 2024 ins Auge zu fassen. Der Souverän hat im Übrigen mit seiner Zustimmung zur Hallenbadbotschaft bereits einem Teil einer solchen Erhöhung zugestimmt, war doch dort das Preisschild in Franken und Steuerfussprozent genannt.

Zum Geschäftsbericht: Wir entschuldigen uns an dieser Stelle für die Fehler, vor allem bei der Zusammensetzung des Gemeinderats. Da ging uns Karin Gubler vergessen, aber auch von

Kommissionen. Wir werden den Prozess entsprechend anpassen. An dieser Stelle entschuldigen wir uns wirklich dafür. Und Sie haben die Terminplanung angesprochen. Mehr Zeit werden wir auch prüfen oder auch umsetzen, nur längere Zeitpläne für den Gemeinderat haben auf die Qualität nicht unbedingt einen positiven Einfluss, da diese Zeit zulasten der Verwaltung geht. Das sei einfach auch schon mal erwähnt.

Zur Hoffnung von Ihnen, über den Taskforce-Bericht Genaueres über die finanziellen Auswirkungen der Coronakrise in Erfahrung zu bringen, da muss ich Ihre Erwartungen ein bisschen dämpfen. Unser Bericht wird sich hauptsächlich darauf konzentrieren, was wir gelernt haben. Denn das ist der Nutzen für uns, den wir aus diesem Bericht haben. Die finanziellen Auswirkungen werden wir wohl auch anschauen, aber vieles davon ist spekulativ. Und wir wollen unseren Bericht nicht zu sehr mit Spekulationen oder mit approximativen Berechnungen füllen, sondern vor allem mit dem, was wir daraus gelernt haben und was wir das nächste Mal besser machen können.

Und was Thurplus betrifft, finde ich sehr wohl, dass hier auch schon bekannt ist, was man in den wichtigen Bereichen, zum Beispiel Gas und Wärme-Kälte-Strategie machen möchte, indem Thurplus hier Strategien veröffentlicht hat. Wir sind unterwegs, wir setzen uns ein, zusammen mit Ihnen werden wir auch erfolgreich sein.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Ihren Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten ist und dass wir es somit stillschweigend genehmigen können. Somit kommen wir direkt zur materiellen Beratung nach den Departementen. Ich bitte bei allen Voten, die Seitenzahlen zu nennen und vielleicht etwas Zeit zu lassen, damit man da hinblättern kann, dann Kontogruppe und die Nummer, damit wir das verfolgen können.

DETAILBERATUNG

Departement 1 für Finanzen und Zentrales (laufende Rechnung Register 3 ab S. 154; Investitionsrechnung Register 2, S. 66-68)

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Ich muss mich gleich vorab entschuldigen, die Seitenzahlen habe ich nicht notiert, aber ich hoffe, man kann trotzdem folgen. Gern gebe ich im Namen der GPK Finanzen und Administration eine kurze Übersicht zur Detailberatung. Wer wirklich alle Details will, den verweise ich gern auf das Protokoll der GPK vom 9. Mai 2022. Es haben sich folgende Rückfragen ergeben:

Erfolgsrechnung, Register 3

303 Temporäre Arbeitskräfte:

Dieses weist wesentlich höhere Beträge (ca. 150'000 Franken) als budgetiert auf. Die Antwort war, dies sei den Sozialen Diensten geschuldet.

1000 Gemeinde, 3130.00 Sicherheitspersonal:

Dies ist das Sicherheitspersonal, welches den Zugang zu den Räumlichkeiten bei den Auszählungen zu den Abstimmungen überwacht, was neu eingeführt wurde.

1230 Informatikdienste:

Es wurden wesentlich weniger Mittel beansprucht als budgetiert. Dies läge abgesehen von der Nicht-Beschaffung einer neuen Telefonzentrale daran, dass es verschiedene kleinere Abweichungen gebe. Es gibt aber keinen bestimmten Grund, sondern einfach die Summe der einzelnen Punkte.

1250 Friedhof, 3101.00 Stadtgärtnerei:

Hier ging es um die Mehrkosten der coronabedingten Todesfälle und weshalb diese nicht bereits 2020 angefallen seien. Die Antwort war, die grosse Welle fand im Januar und Februar 2021 statt, 2020 gab es noch weniger Todesfälle.

1310 Amt für Kultur, 3636.01 ff. Leistungsvereinbarungen:

Es wurde festgestellt, dass 2021 fast alle Beträge ausbezahlt wurden. Hier wurde gefragt, ob das Controlling der Leistungsvereinbarungen Auswirkungen gehabt habe. Der Stadtpräsident erklärte, dass es keine Auswirkungen gegeben habe. Vor allem wenn Veranstaltungen nicht stattfinden konnten, sei teilweise nichts ausbezahlt worden.

1410 Zentrale Dienste inkl. Kommunikation, 3010.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals:

Hier wurde nach den Hintergründen der Pensumsaufstockung gefragt. Es wurde eine Praktikumsstelle geschaffen und die Pensen erhöht, dies sei nicht im Budget abgebildet gewesen bzw. geplant gewesen, deshalb die Abweichung.

1410 Zentrale Dienste inkl. Kommunikation, 3102.00 Drucksachen, Publikationen:

Es kam eine Frage auf zu den Einsparungen beim Geschäftsbericht. Die kleinere Auflage des Geschäftsberichts und die einfachere Machart führten hier zu den tieferen Kosten.

1414 Sozialraum, 3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten:

Man erkundigte sich nach den Mehrkosten bei diesem Konto. Die Antwort war, die Mehrkosten entstanden im Zusammenhang mit der Quartierentwicklungsstrategie, dort wurde eine externe Begleitung beansprucht, die Bezeichnung Mehrkosten Stadtlabor sei nicht ganz korrekt.

1510 Finanzamt, 3401.00 Verzinsung Finanzverbindlichkeiten:

Es wurde gefragt, zu welchen Konditionen die Stadt aktuell Gelder beziehe. Die Antwort war, es sei damit zu rechnen, dass Gelder für eine Frist von 10 Jahren wieder über 1% Kosten werden.

1810 Personalamt, 3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten:

Auf eine Frage zur Lohnvergleichsanalyse wurde folgende Rückmeldung gegeben: Die Lohnvergleichsanalyse der Stadt habe 8'300 Franken an externen Kosten verursacht, den Hauptteil habe die Stadt aber intern selbst erbracht. Die Nachfrage, ob es auf dieser Grundlage Rekurse von Mitarbeitenden gegeben habe, wurde verneint.

Zum Beschluss der GPK: Die GPK stimmte dem Antrag 2 der Botschaft, der Genehmigung der Rechnung der Stadtverwaltung für das Jahr 2021 hinsichtlich des Departements für Finanzen und Zentrales einstimmig zu. Die GPK stimmte dem Antrag 2.1 der Botschaft, den Aufwandüberschuss Stadtverwaltung mit den kumulierten Ergebnissen der Vorjahre zu verrechnen, einstimmig zu.

Departement 2 für Bau und Verkehr (laufende Rechnung ab S. 207, Investitionsrechnung ab S. 68)

Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Ich erlaube mir, alles in einem Votum zu machen. Selbstverständlich würde ich mich bei Fragen wieder zu Wort melden.

Die GPK hat sich an ihrer Sitzung vom 12. Mai mit dem Departement Bau und Verkehr befasst. Das ganze Departement 2 Bau und Verkehr schliesst in der Erfolgsrechnung mit 10'139'692.79 Franken ab, anstelle der budgetierten 9'508'980 Franken. Dies gibt eine Differenz von 630'712.79 Franken. Mit einem Nettoinvestitionsaufwand von 7.925 Mio. Franken ist es ein gewichtiges und ein breit aufgestelltes Departement. Im Berichtsjahr ist das Amt für Hochbau

und Stadtplanung neu organisiert worden, was sich auch in der Rechnung niederschlägt und einen Vergleich etwas schwierig macht. Departementsvorsteher Andreas Elliker hat in der GPK die wichtigsten Abweichungen in der Erfolgsrechnung und der Bilanz begründet. Namentlich auch die Minderausgaben von 3.75 Mio. Franken im Vergleich zum Budget.

Erfolgsrechnung, Register 3

2100 Zentrale Dienste, 3099.01 Abgrenzung Gleitzeitsaldo und Ferienguthaben (pauschal):
Der Gleitzeitsaldo und die Ferien haben in der GPK zu reden gegeben und sollen unter Einbezug des Personalamts gelöst werden.

2120 Stadtplanung, 3133.00 Planungen und Projektierungen Dritter:
Die GPK hat über die spürbare Budgetüberschreitung diskutiert. Der Finanzchef erklärte, dass allein die Konzeption der Stadtkaserne rund 80'000 Franken gekostet habe.

2121 Beiträge Kultur- und Naturprojekte, 3635.97 Beiträge Kulturobjekte (NHG) an private Haushalte:
Die Mehrkosten von mehr als 250'000 Franken – viermal mehr als budgetiert – haben in der GPK zu Fragen geführt. Es wurde angemerkt, dass keine detaillierte Auflistung mehr erfolge. Laut Stadtbaumeister Helbling handelt es sich hier um die Unterstützungsbeiträge für das Schulhaus Auen, die Walzmühle und das Rote Haus. Die Stadt muss bei gesetzlichen Natur- und Heimatschutzprojekten mindestens 10 % mittragen.

2134 Parkplatzbewirtschaftung, 4240.03 Parkplatzgebühren:
In der Kommission wurde gefragt, ob bei diesem Konto eine Prognose für die künftige Entwicklung möglich sei, da die Einnahmen sinken, was verneint wurde.

2220 Verkehrsplanung, 3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten:
Hier geht es vor allem auch um politische Vorstösse. In der GPK ist die Frage aufgekommen, ob politische Vorstösse in eigener Regie der Stadt beantwortet werden und damit die Aussensicht etwas verlorengelht bzw. wodurch die Aussensicht verlorengelht. Ausserdem ist von Interesse, welche Kosten durch die parlamentarischen Vorstösse entstehen. Stadtrat Elliker nimmt dies zur Kenntnis und verweist darauf, dass die Kostenzuweisung pro Vorstoss schwierig zu ermitteln sei. Insgesamt will der Stadtrat auch in Zukunft situativ über die Beantwortung entscheiden. Der Zeitdruck bei Einfachen Anfragen von 90 Tagen sei zum Beispiel sehr hoch.

2250 Industriegleisanlagen:
Hier wurde in der GPK angemerkt, dass die bestehenden Industriegleise für den neuen Standort von Stadler Rail im Osten bereits umgebaut sind. Der Stadtrat anerkennt, dass die Industriegleisanlagen nicht nur wichtig für Stadler Rail sind, sondern auch für andere Unternehmer wie Müller Gleisbau oder die Zuckerfabrik.

Investitionsrechnung, Register 2

213 Liegenschaftenverwaltung:
Bei dieser Position wurden statt der budgetierten 200'000 Franken nur 9'960 Franken ausgegeben. Die grosse Differenz kommt nach Aussage von Stadtbaumeister Christoph Helbling davon, dass die Zustandsanalyse Liegenschaften und die Planung Friedhof wegen Personalmangels nicht möglich gewesen sei.

Dann gab es noch eine Bemerkung zum Anhang der Jahresrechnung, zum Stellenplan auf S. 377. In der GPK wurde die Frage gestellt, ob die Besetzung von offenen Stellen im Tiefbauamt erfolgt sei. Stadtrat Elliker sagte, dass man dies zusammen mit dem neuen Amtsleiter Sascha Bundi besprechen werde.

Zum Schluss: Die GPK genehmigt die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung des Departements für Bau und Verkehr im Rahmen der Rechnung der Stadtverwaltung für das Jahr 2021 einstimmig.

Departement 3 für Freizeitanlagen und Sport (laufende Rechnung Register 3 ab S. 241, Investitionsrechnung in Register 2 ab S. 81)

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die Rechnung 2021 wurde uns an der GPK-Sitzung vom 17. Mai 2022 von Stadtrat Fabrizio Hugentobler und dem Amtsleiter Roman Brülisauer transparent und aufschlussreich vorgestellt. Die Rechnung 2021 ist gemäss Fabrizio Hugentobler geprägt von Mindereinnahmen aufgrund des geschlossenen Hallenbads und natürlich auch der coronabedingten Mindereinnahmen der gesamten Sport- und Freizeitanlagen. Geprägt war das vergangene Jahr von verschiedenen Vorgaben betreffend Coronaschutzkonzepte. Es war eine Herausforderung, die ständig wechselnden Schutzkonzepte umzusetzen. Für Freizeitanlagen galten andere Konzepte als für Sportanlagen, für Kontaktsportarten gab es unterschiedliche Formen der Konzepte, um nur einen kleinen Ausschnitt darzulegen. Roman Brülisauer ergänzte, dass das Rechnungsergebnis fast eine Punktlandung zum Budget sei. Das Budget 2021 wurde im Juni und Juli 2020 ohne Coroneffekte geplant, was sich im Nachhinein aber als falsche Annahme erwiesen habe. An einigen Punkten kam es zu weniger Einnahmen, an anderen Orten aber auch zu weniger Ausgaben.

Nach einer Einführung wurden dann auch Fragen zur Erfolgsrechnung gestellt. So wurde der GPK erklärt, dass der neue Facility Manager wie auch die zwei Hauswarte des Rathauses beim Amt für Freizeitanlagen und Sport angesiedelt seien. Ein Marketingauftrag konnte redimensioniert und günstiger vergeben werden. Die durch den Umzug des Amtes an die Schlossmühlestrasse entstandenen Ausbaurkosten werden wie eine normale Investition abgeschrieben.

Das Gesamtkonzept der Sportanlagen ist gemäss Fabrizio Hugentobler auf Kurs. Die Umfrage bei den Sportvereinen wurde gemacht, nun folgt noch eine Umfrage bei der Bevölkerung zum Freizeitangebot ausserhalb der Vereinstätigkeiten. Im Hinblick auf den noch laufenden Prozess des Gesamtkonzepts der Sportanlagen und fehlenden Abklärungen wurde die Versenkbewässerung von Platz 1 des Fussballplatzes noch nicht realisiert und die Investitionen zurückgestellt. Die Pachtverträge rund um die Festhalle wurden bis 2034 verlängert. So konnte sich die Stadtverwaltung etwas Luft verschaffen, um bis ca. 2030 eine ganzheitliche Analyse zu machen. Für Nutzende der Festhalle bedeutet dies, dass man weiterhin mit dem gegenwärtigen Zustand der Festhalle zurechtkommen müsse. Aufgrund der Verlängerung der Verträge wurde die ausgefallene Heizung teilsaniert.

Die GPK dankt dem Stadtrat, dem Amtsleiter und allen Beteiligten für ihre Arbeit und wir empfehlen die Rechnung dieses Amtes einstimmig zur Annahme.

Departement 4 für Alter und Gesundheit (laufende Rechnung in Register 3 ab S. 259, keine Investitionsrechnung)

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Ich fasse mich kurz, was aber keine Geringschätzung der Arbeit dieses Amtes und der Departementsleitung darstellen soll. Im Gegenteil. Dieses Departement und auch das Amt war im Jahr 2021 wegen Corona weiterhin stark gefordert. Die finanziellen Eckwerte sind wie folgt: Das Departement 4 schliesst 373'000 Franken unter Budget ab, d. h. weniger Minus als budgetiert. Fast 264'000 Franken weniger Prämienverbilligungsbeiträge an den Kanton (4122.3631.10) und fast 238'000 Franken weniger Gemeindebeiträge an die Pflegefinanzierung (4141.3613.01). Diese beiden kleiner ausgefallenen abzuliefernden Beträge zusammen mit anderen kleinen positiven Effekten kompensieren kleinere Mehraufwendungen und Mindereinnahmen an anderen Stellen.

Der GPK wurden an ihrer Sitzung vom 17. Mai alle Fragen beantwortet und der eine oder andere Sachverhalt erklärt. Vor allem das Handling der Prämienausstände bei den Krankenkassen wirft immer wieder Fragen auf, weil dieses System, etwa Übernahme der Verlustrechnungen etc. nicht einfach zu verstehen ist. Die GPK genehmigte die Rechnung des Departements und Amts Alter und Gesundheit einstimmig.

Departement 5 für Gesellschaft und Soziales (laufende Rechnung in Register 3 ab S. 267, keine Investitionsrechnung)

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Zum Fehlbetrag informierte die Stadträtin Barbara Dätwyler anlässlich der GPK-Sitzung, dass das Departement 1.3 Mio. Franken unter Budget abgeschlossen hat. Der Fehlbetrag komme mehrheitlich aus dem Amt für Soziale Dienste. Es wurde weniger Geld gebraucht, denn der Amtsleiter habe die Budgetierung gemäss SKOS-Richtlinien vorgenommen und mit mehr Covid-Folgen gerechnet. Die negativen Prognosen sind nicht eingetreten, da der Bund durch seine Massnahmen vieles abgedeckt hat. Die Anzahl der Fälle in der Sozialhilfe habe 2021 nicht zugenommen. Für 2022 wendet sich die Situation allmählich. Die Mitarbeiter/innen leisten jetzt schon Aussergewöhnliches, die Fallzahlen nehmen zu, einerseits bedingt durch Menschen aus der Ukraine, ein Teil ist den Coronafolgen geschuldet. Es gebe ein neues Phänomen der Alterskonkurse, die sich in letzter Zeit häuften. Das bedeute, dass alte Menschen verschuldet sterben und das Amt für diese Schulden aufkommen müsse. Weiter ging es um ein Auf und Ab im Amt für Gesellschaft und Integration im Hinblick auf die Deutschkurse, die mit geeigneten Massnahmen weiter angeboten werden konnten, auch Onlinekurse kamen vermehrt zum Einsatz. Weiter werden die Kinderbetreuungsangebote vermehrt nachgefragt.

Thema waren auch noch die vorgängig zur Verfügung gestellten Unterlagen bezüglich In- und Auslandshilfe. Ein GPK-Mitglied wollte wissen, wie die Projekte abgewickelt würden und riet, bei Projekten den Bezug zu Frauenfeld zu erwähnen. Ein grosser Bezug zu Frauenfeld sei für die Berücksichtigung eines Gesuchs von Vorteil, sagte Barbara Dätwyler. Der Punkt Gesuche In- und Auslandshilfe wurde kontrovers diskutiert.

An der GPK wurden in der Detailberatung die Ämter separat diskutiert. Zuerst zum Amt für Soziale Dienste, dann zum Amt für Gesellschaft und Integration.

Beim Amt für Soziale Dienste in Register 3 wurde betreffend 5110.390 gefragt, warum das Budget für Weiterbildung nicht ausgeschöpft worden sei. Der Amtsleiter Martin Gfeller sagte, dass hierfür die Verschiebung von grösseren Weiterbildungen wie zum Beispiel ein CAS verantwortlich sei. Coronabedingt habe entweder gar keine Tagung stattgefunden oder diese seien aufgrund der Durchführung per Videokonferenz günstiger gewesen.

Auf eine Frage hin betreffend die Mehrkosten in der Berufsbeistandschaft (5120.3030) erläuterte Barbara Dätwyler, dass zusätzliche externe Fachkräfte personelle Ausfälle wegen Krankheit kompensieren mussten, was zu Mehrkosten führte. Martin Gfeller erläutert, dass die Fallzunahme schon länger ein Thema sei. Auf eine Frage, warum die Fälle in der Berufsbeistandschaft zugenommen hätten, erklärte der Amtsleiter, dass die Coronapandemie das Problem der häuslichen Gewalt verstärkt habe, dies sei anhaltend. Dazu komme, dass die Fälle immer komplexer würden und die privaten Berufsbeistände dadurch weniger zum Zug kommen und somit eine weniger grosse Entlastung darstellen können, als dies üblicherweise der Fall ist. Der Trend in der Berufsbeistandschaft setzte sich fort, die Fälle würden zunehmen. Auf die Frage, ob es deshalb bald eine neue Stelle brauche, antwortete Martin Gfeller, dass er sich an der Anzahl Mandate pro Berufsbeistand gemäss KOKES-Empfehlungen orientiere. Vorliegend sei bei Fallzahlen in der Höhe von 400 ein weiterer Stellenausbau angezeigt. Die Frage sei dann aber, ob qualifiziertes Personal gefunden werden könne.

Dem Antrag Nr. 2 für das Amt für Soziale Dienste wurde an der Sitzung einstimmig zugestimmt.

Amt für Gesellschaft und Integration:

Barbara Dätwyler informiert, dass nach dem Jahr 2020, wo wegen Corona mehr Kinder daheim betreut wurden, die Nachfrage 2021 wieder sprunghaft angestiegen sei. Dies habe einerseits mit dem Zuzug von vielen neuen Familien und mit einem Urbanisierungstrend zu tun. Bis zu einem steuerbaren Einkommen von 80'000 Franken wird die Kinderbetreuung von der Stadt subventioniert. Die Frage aus der GPK, ob das Angebot noch ausreiche, bejahte Barbara Dätwyler. Eine grosse Nachfrage erleben aber die Schulhäuser mit Betreuung vor und nach dem Unterricht. Diverse Schulhäuser seien am Ausbauen dieses Angebots.

Markus Kutter informiert, dass Sprachkurse eine grosse Nachfrage erfahren, die Leute kommen auch von ausserhalb. Eigentlich verfüge man in Frauenfeld über ein Kompetenzzentrum, von welchem auch andere Bezirke profitierten. Auf eine Frage aus der Kommission betreffend 5201.3113 und den 84'000 Franken, sagte Markus Kutter, dass in Hardware, insbesondere Tablets zur Aufrüstung für Onlinesprachkurse investiert wurde. Dies war ein grosses Bedürfnis und man hatte die entsprechende Infrastruktur bis jetzt noch nicht. Dies entspricht dem gesellschaftlichen Trend der Digitalisierung des Kurswesens.

5201.4231.00

Auf eine Frage hinsichtlich Einnahmen aus dem Kurswesen wurde erklärt, dass das grössere Kursangebot auch zu erhöhten Einnahmen führt, da die Kurse kostenpflichtig sind. 63 % der Teilnehmer/innen zahlen selber, für den Rest zahlt die öffentliche Hand. Im Jahr 2021 haben 545 Teilnehmende einen Kurs abgeschlossen.

5203.3132.00:

Das Budget für aufsuchende Elternarbeit wurde coronabedingt nicht ausgeschöpft.

5205.3119.00:

Es wurde gefragt, wie es mit der Pumptrackanlage weitergehe. Die Erweiterung der Pumptrackanlage wurde noch nicht umgesetzt, erklärt Barbara Dätwyler, dies aufgrund der komplexen baulichen Vorgaben des BFU mit vielen sich daraus ergebenden versicherungstechnischen Fragen. Deshalb hat das Amt für Hochbau und Stadtplanung das Projekt übernommen.

Dem Antrag Nr. 2 für das Amt für Gesellschaft und Integration wurde an der Sitzung einstimmig zugestimmt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Somit haben wir die Beratung der Rechnung der Departemente der Stadtverwaltung abgeschlossen. Wir behandeln nun noch die übrigen Register des Rechnungsordners, die Bilanz in Register 4 und den Anhang der Jahresrechnung in Register 5 ab S. 315 inkl. Anlagespiegel und Geldflussrechnung. Wie ich sehe gibt es hierzu aber keine Wortmeldungen. Wir kommen zu den städtischen Betrieben.

Thurplus (laufende Rechnung in Register 7 ab S. 413, Investitionsrechnung in Register 6 ab S. 381)

Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke: Ich möchte es gleich machen wie Kollege Geiges und die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung zusammen behandeln.

Die GPK hat sich am 12. Mai unter Anwesenheit von Stadtrat Hugentobler, Peter Wieland, Leiter Thurplus, Sascha Rohner von Thurplus und Reto Angehrn getroffen. Sie konnten uns wie gewohnt kompetent und sehr detailliert über die wenigen Fragen, die wir hatten, Auskunft geben. Wie in den vergangenen Jahren gab uns Peter Wieland einen Überblick über das Jahr. Thurplus

hat auch 2021 ein erfolgreiches Jahr hinter sich. Ich möchte vier Schwerpunkte bei den Investitionen herauspicken.

Sicht- und spürbar waren vor allem die Arbeiten an der Thundorfstrasse, welche unterdessen erfolgreich abgeschlossen worden sind. Weniger sichtbar, aber genauso wichtig waren andere Investitionen, zum Beispiel im Bereich Gas, wo die Arbeiten an der Druckreduzier- und Messstation Gerlikon abgeschlossen wurden, oder beim Trinkwasser, wo eine Ozonanlage für die Aufbereitung des Wassers bei der Geisskopfanlage gemacht wurde. Das ist übrigens etwas, was ich gut kenne, da ich mich im Ingenieurstudium mit Ozonerzeugungsanlagen beschäftigt habe. Das nur so nebenbei. Dann wurde natürlich auch noch beim Strom viel gemacht, unter anderem die Versorgung und das Contracting beim neuen Hallenbad. Dort ist besonders positiv zu vermerken, dass durch die Zusammenarbeit das Hallenbad jährlich 50'000 Franken an Energiekosten einsparen kann.

Im Zusammenhang mit der Energiewende kann man die Steigerung der Thurplus-eigenen Solarstromproduktion um 40% erwähnen und auch die ersten Schritte im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Fernwärmeversorgung. Positiv anmerken kann man auch das Engagement für die Elektromobilitätsladeinfrastrukturen in Tiefgaragen. Dies wurde angesprochen bei einer Frage zum Konto 8712.3130.40 auf S. 433. Dort hat man festgestellt, dass die geplanten Mailings nicht im gewünschten Ausmass durchgeführt wurden. Warum das so war, wisst ihr vermutlich alle, das hatte mit Corona zu tun. Wir haben dann aber auch gehört, dass dieses Engagement in Zukunft ausgebaut werden soll, was uns natürlich sehr freut.

Weniger gut ist dafür die Situation bei der Biogasproduktion. In Frauenfeld ist es so, dass wir magere 3% der verheizten Gasmenge, also das, was man zum Beheizen der Häuser braucht, mit Biogas decken können, welches aus der Region stammt. Um die 10% Biogasanteil, die wir in unserem Mix haben, erfüllen zu können, müssen wir weiterhin auf Biogas aus dem Ausland zurückgreifen.

Zum Schluss gab es noch einen Ausblick auf die Energiepreise. Strom wird teurer werden, aber Erdgas und vermutlich auch Erdöl als fossile Energieträger noch viel mehr. Für die Frauenfeldrinnen und Frauenfelder ist das beim Strom erst im nächsten Jahr spürbar, weil es sich dort um regulierte Preise handelt. Beim Erdgas bleibt Frauenfeld wegen der geschickten Beschaffung von Thurplus, sie machen eine gestaffelte Beschaffung, bisher von Preiserhöhungen verschont. Aber irgendwann werden diese Preisaufschläge auch in Frauenfeld durchschlagen, denn dies kann man mit der gestaffelten Beschaffung nur in einem gewissen Mass verzögern. Die Aufschläge können dann durchaus erheblich sein, ich habe das gemerkt, bei unserer Stockwerkeigentümergeinschaft haben wir den Gasbudgetposten fürs Heizen für 2023 verdoppelt.

Die GPK-Mitglieder sind sehr zufrieden mit der Kommunikation von Thurplus. Die Anliegen aus den Budget- und Rechnungssitzungen der Vorjahre werden aufgenommen, und auch der Geschäftsbericht lieferte wieder eine Fülle von Informationen und ich kann ihn wie bereits letztes Jahr sehr zur Lektüre empfehlen.

Die Anträge 3 und 3.1 der Botschaft werden von der GPK einstimmig zur Annahme empfohlen.

Alterszentrum Park (Register 10 und 11 ab S. 469)

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Trotz des sehr hohen Verlusts und der grossen Abweichung gegenüber dem Budget war die Rechnung des AZP in der GPK unbestritten und führte zu keinen grossen Diskussionen. An der Sitzung der GPK für Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen vom 17. Mai 2022 wies Stadträtin Elsbeth Aepli darauf hin, dass das Jahr 2021 mit Bezug auf die finanziellen Folgen von Covid eigentlich noch schlimmer war als 2020, da viele Betten pandemiebedingt leer blieben. Nicht mit Bezug auf Covid-Erkrankungen, da war das Jahr 2021

besser dank Impfungen und seriellem Testen. Der kantonale Covid-Beitrag für 2020 über 402'000 Franken wurde erst im Jahr 2021 ausbezahlt und verbesserte das Ergebnis um diesen Betrag. Das finden Sie in Register 10, S. 482, Kontogruppe 7260. Ob der Kanton für das Jahr 2021 auch noch einen Covid-Beitrag spricht, ist offen. Wenn es einen gibt, dann dürfte er deutlich tiefer liegen als im Jahr 2020. Gemäss Leiter des AZP, Bernhard Liepelt, habe sich die finanzielle Situation dank besserer Belegung bereits in den letzten Monaten von 2021 und im ersten Quartal 2022 stabilisiert. Der Abschluss des 1. Quartals sei auf Budgetkurs, was auch mit der beschlossenen Tarifierhöhung zusammenhängt. Er ergänzte, dass nicht nur das AZP, sondern alle Institutionen in unterschiedlicher Intensität gelitten hätten. Im AZP seien im Spätsommer 2021 diverse Massnahmen eingeleitet worden, so wurden zum Beispiel alle RAI-Stufen kontrolliert. Der Pflegeaufwandsdurchschnitt sei bereits Ende 2021 wieder gestiegen, was mehr Einnahmen bedeutet. Im Budget wurde davon ausgegangen, dass die Pflegeintensität relativ hoch sei, jedoch fiel der RAI-Index durch die fehlende Belegung der Betten massiv darunter, was ein Loch von fast 1 Mio. Franken in die Rechnung riss, da auf der Ausgabenseite keine raschen Anpassungen möglich waren.

Die Personalsituation ist angespannt. Die Mitarbeitenden haben in der Pandemiezeit ausserordentlich viel geleistet und es fehlt allgemein an gut ausgebildetem Fachpersonal. Der Arbeitsmarkt im Pflegebereich ist extrem ausgetrocknet. Erschwerend kommt nun aktuell dazu, dass zwei Zentrumsleitungsmitglieder der Pflege völlig unabhängig voneinander im März auf diesen Sommer hin gekündigt haben. Eine davon war erst seit zwei Jahren da. Beide haben ihre Gründe, die nicht in Zusammenhang mit dem AZP stehen, sondern mit ihrer eigenen Karriere. Das AZP ist mit Hilfe des auf Kaderselektion im Gesundheitsbereich spezialisierten Büros Artiset, einer Institution des Heimverbands Curaviva, bereits auf der Suche. Da der Markt wie erwähnt im Gesundheitsbereich sehr ausgetrocknet ist, wird die Suche und Neubesetzung relativ hohe Kosten verursachen. Glücklicherweise wurde schon eine Interimsleitung gefunden, was aber mit zusätzlichen Kosten im laufenden Jahr zu Buche schlagen wird. Auf die Frage eines GPK-Mitglieds, ob man damit rechnen müsse, dass die Pensionspreise auf 2023 steigen würden, sagte Bernhard Liepelt, dass dies schon der Fall sein könne, auch angesichts steigender Energie- und Lebensmittelpreise. Ob Altersheime in Zukunft überhaupt noch gefragt seien? Ja, sagte Liepelt, aber die Leute kommen später und mit vermehrten und anspruchsvollen geriatrischen Krankheitsbildern mit höherer Pflegeintensität ins Heim.

Von allen Abteilungen des AZP hat nur das Tageszentrum das Budget erreicht. Das Tageszentrum war 2021 sehr gut belegt. Aufgrund dieser guten Belegung und dank der straffen Personalführung war kein Beitrag aus dem Förderverein nötig. Dies sei zudem der einzige Bereich, bei welchem der Kanton einen Ertragsausfall bezahlt habe, weil das Tageszentrum von Amtes wegen geschlossen war. Dies führte zur speziellen Situation, dass trotz Corona ein kleiner Gewinn resultierte.

Der Bereich Ergaten-Talbach schliesst mit dem bekannt hohen Defizit. Für städtische Betriebe gibt es übrigens keinen Anspruch auf Kurzarbeit, selbst beim Restaurant nicht, das amtlich geschlossen war. Nach dem Verlust von 2021 weist jenes Rücklagenkonto Renovationen und Defizitdeckung nun ein Minus von gut 138'000 Franken aus.

Im Bereich Parksiedlung wurde erklärt, dass jedes Jahr 150'000 Franken für Innovationen eingesetzt werden. Was nicht direkt gebraucht wird, komme ins Rücklagenkonto. 2021 waren das gut 16'000 Franken. 2021 wurden aber zusätzlich 100'000 Franken Rücklagen für die Parksiedlung gebildet, es handelt sich um Geld, welches demnächst für sich abzeichnende, dringende Innovationen gebraucht wird. Das ist in Register 10 auf S. 493 ersichtlich. Das Rücklagenkonto weist nun neu ein Guthaben von 591'000 Franken aus.

An der GPK-Sitzung wurde beim Antragspunkt 4 über jeden Antrag einzeln abgestimmt. Allen Anträgen unter dem Punkt 4, also 4.1 und 4.1.1 bis 4.1.5 wurde einstimmig zugestimmt.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Somit haben wir die Rechnung der Departemente, der Betriebe sowie des Alterszentrums beraten. Wir kämen nun nach Plan zum Geschäftsbericht, dazu haben eigentlich alle bereits in den Eintretensvoten etwas gesagt. Möchte sich an dieser Stelle jemand noch zum Geschäftsbericht äussern?

Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im eigenen Namen: Es ist ja kein Geheimnis, dass ich ein grosser Fan dieses Geschäftsberichts bin. Ich finde, das ist ein super Dokument, welches einem die politische Arbeit erleichtert und einen dabei unterstützt, und für die Frauenfelderinnen und Frauenfelder wird transparent sichtbar, was in dieser Stadt alles läuft. Ich finde es deshalb umso mehr schade, dass wir dem Geschäftsbericht in unseren Kommissionen immer zu wenig Zeit widmen.

Dann habe ich noch eine Detailbemerkung. Man hat es bei unserem Votum gehört, dass Thurplus und die Stadt Frauenfeld nicht so gut zusammenpassen. Man kann das, wenn man genau schaut, auch aus dem Geschäftsbericht herauslesen. Es gibt das Thema Energiewende und das ist jetzt einfach verteilt. Beim Departement von Stadtrat Elliker, wenn es um Frauenfeld generell geht. Der andere Teil ist beim Departement von Stadtrat Hugentobler verteilt, wenn es um Thurplus geht. Das macht es schwierig, ein Gesamtbild über die Energiewende zu bekommen. Ich finde es eigentlich schade, dass die letztjährigen Zahlen, als man noch die Zahlen des Energieberaters hatte, wo man sieht, wie wir mit der Energiewende unterwegs sind, jetzt nicht mehr vorhanden sind. Oder man muss es sich mit sehr viel Aufwand heraussuchen. Wenn ich am Geschäftsbericht etwas zu kritisieren hätte, wäre es das, dass man das am liebsten wie aus einem Guss zeigen könnte, am liebsten an einem Ort, damit man es dort finden kann.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Ich erkläre die Beratung der Rechnung als abgeschlossen und erlaube mir eine kleine Vorbemerkung zur Budgetberatung. Ich werde Sie dann bei der Einladung darauf hinweisen, die Seitenzahlen aufzuschreiben. Heute war das nicht so wichtig, aber beim Budget ist es dann wirklich hilfreich, damit man die Konten, über die gesprochen wird, schnell findet. Ich werde mich bemühen, Sie im Vorfeld darauf hinzuweisen.

BESCHLUSSFASSUNG

Der Antrag 1 des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 2 des Stadtrats wird mit 27 Ja-Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Der Antrag 2.1 des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 3 des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 3.1 des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 4 des Stadtrats wird mit 33 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Anträge 4.1 und 4.1.1 bis 4.1.5 des Stadtrats werden einstimmig angenommen.

172

BOTSCHAFT NR. 36 «KAUF PARZELLE 50966 – PFLANZSCHULWEG VON DER PRIMAR-SCHULGEMEINDE FRAUENFELD»

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Die Botschaft Nr. 36 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 26. April 2022 wurde am 6. Mai 2022 in den Dossierbrowser geladen. Wie schon in der Einleitung zur Sitzung erwähnt, liegt zu dieser Botschaft ein Antrag der GPK Finan-

zen und Administration vor. Dieser Antrag bildet gemäss Geschäftsreglement für den Gemeinderat Art. 40 Abs. 4 die Grundlage für unsere Beratung und ersetzt den Antrag in der Botschaft. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte folgt die materielle Beratung, anschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dem Stillschweigen entnehme ich, dass das so genehmigt ist.

EINTRETEN

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 24. Mai das Geschäft beraten. Eintreten war unbestritten. Hauptpunkt in der Eintretensdiskussion war einerseits, welches die strategischen Zielsetzungen des Kaufs sind, andererseits wie es um den Verkauf der Parzelle, bekannt als Twerenbold-Projekt, steht, die sich direkt neben der Parzelle 50966 Pflanzschulweg befindet.

Zur strategischen Zielsetzung und Entwicklung des Gebiets informierte der Stadtrat, dass zum heutigen Zeitpunkt kein Projekt vorliegt und der Kauf einzig dem Zweck dient, Landreserven für die gewerbliche Nutzung der Stadt Frauenfeld zu erwerben, um hier proaktiv zu reagieren. Die Idee ist, die Parzelle primär gewerblich zu nutzen, dies mit einem möglichen Wohnanteil. Gewerbeland würde grundsätzlich im Baurecht abgegeben. Mit Bezug auf das Projekt Twerenbold hat der Stadtrat darauf hingewiesen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. Der Stadtrat informierte, dass der Kanton zur hängigen Einsprache einen Entscheid in Aussicht gestellt habe. Mit der Firma Twerenbold ist man in sporadischem Kontakt, das Projekt ist weiterhin auf dem Realisierungspfad.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP): Da es keine Wortmeldungen zum Eintreten gibt, nehme ich an, dass dieses unbestritten und stillschweigend genehmigt ist.

DETAILBERATUNG

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Auf die Frage eines GPK-Mitglieds, ob aufgrund des neuen Raumplanungsgesetzes eine Umzonung möglich wäre, sieht der Stadtrat keine Notwendigkeit, dies zu prüfen, da die gegebene Zone nach wie vor dem Zweck entspricht. Auch ist die Erschliessung der Parzelle gegeben. Die in der Botschaft auf S. 4 ausgewiesenen Baupotenziale sind nur als Übersicht zu verstehen, was theoretisch möglich wäre. Auf die Frage nach dem preisgünstigen Wohnen informierte der Stadtrat, dass der Fokus aufgrund der zahlreichen Anfragen auf der Gewerbenutzung liegt und preisgünstiges Wohnen eine ergänzende Möglichkeit sei. Die GPK hat in der Diskussion und bei der Illustration auf S. 5 in der Botschaft mit Blick auf die Volksabstimmung darauf hingewiesen, in der Botschaft klarzumachen, dass die Abbildung nur eine beispielhafte Nutzung darstellt, um etwaige Missverständnisse danzumal zu verhindern.

Bei den Landpreisen bestätigte der Stadtrat, dass die vorliegenden Quadratmeterpreise im Gegensatz zur Transaktion Twerenbold höher sind, dies sei zurückzuführen auf die veränderten Marktbedingungen. In der Diskussion über den Landwert wurde festgestellt, dass es basierend auf den beiden vorliegenden Verkehrswertschätzungen von Twerenbold, Stand 2015 und Pflanzschulweg, Stand 2020, wünschenswert gewesen wäre, in der Botschaft einen direkten und einfachen Vergleich zwischen Wohn- und Arbeitszone für den Quadratmeterpreis darzustellen. Zur Frage aus der Kommission, wer hier auf wen zugegangen ist, erläuterte der Stadtrat, dass Gespräche und Verhandlungen mit der Primarschulbehörde erst nach der Kenntnisaufnahme der Liegenschaftsstrategie durch den Gemeinderat aufgenommen wurden. Aufgrund der nötigen Abstimmung einerseits durch die Stimmbürger der Stadt Frauenfeld für den Kauf, andererseits durch die Primarschulgemeinde für den Verkauf wurden in der Folge die Anträge in der Botschaft abgeändert.

Antrag 1: Der Antrag 1 der Botschaft wird mit folgendem Hinweis ergänzt: «Dieser Beschluss unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung der Stadt Frauenfeld gemäss Art. 8 der Gemeindeordnung. Zum Kauf bzw. Verkauf der Parzelle 50966 bedarf es zudem der Zustimmung der Stimmberechtigten der Primarschulgemeinde.»

Antrag 2: Dieser Antrag wurde gemäss Botschaft ersatzlos gestrichen.

Die GPK stimmte diesen Anträgen einstimmig zu.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:

Das vorliegende Geschäft wurde in der Fraktion Die Mitte/EVP durchaus kontrovers diskutiert. Ganz grundsätzlich wurde thematisiert, wie stark die Stadt als Player auf dem Immobilienmarkt auftreten soll und wie weit hier ihre Aufgaben reichen. In Bezug auf die konkrete Parzelle wurden sodann Bedenken geäussert, wie gross die Nachfrage für eine gewerbliche Nutzung am gegebenen Ort ist, insbesondere wenn eine Abgabe des Lands im Baurecht in Betracht gezogen wird. Im Ergebnis sind wir der Meinung, dass eine systematische und wirksame Stadtentwicklung auch bedingt, dass die Stadt auf dem Immobilienmarkt aktiv ist und durch den Erwerb von geeigneten Grundstücken Einfluss nimmt bzw. gewünschte Nutzungen ermöglicht. Was die Nachfrage anbelangt, wurde in der GPK dargelegt, dass immer wieder Anfragen von Unternehmen mit Flächenbedarf bei der Stadt eingehen würden. Dass die Stadt in solchen Fällen aktiv gute Projekte ermöglichen kann, ist ganz in unserem Sinn, wenn dadurch Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert und Steuereinnahmen generiert werden können.

Diskutiert wurde in unserer Fraktion natürlich auch der Kaufpreis. Bei Grundstückstransaktionen stets ein schwieriges Thema. Hier ist der Preis sicher nicht zu tief angesetzt, wobei die Landpreise in den zwei Jahren seit den zugrundeliegenden Schätzungen ja weiter angestiegen sind. Im Übrigen ist aus der Sicht des Frauenfelder Steuerzahlers zu bemerken, dass es sich ja auch ein bisschen um einen Geldfluss von der einen in die andere Hosentasche handelt, da die Verkäuferin des Grundstücks die Primarschulgemeinde Frauenfeld ist.

Zusammenfassend handelt es sich unserer Ansicht nach um ein sinnvolles Geschäft mit letztlich geringem Risikopotenzial. Die Fraktion Die Mitte/EVP wird der Vorlage daher mehrheitlich zustimmen.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Dass die Stadt die genannte Parzelle kaufen möchte, kann in verschiedenster Weise nachvollzogen werden. Einerseits ist die Liegenschaftenstrategie genau auf solche Parzellen und Zonen angewiesen, andererseits kann man das Anbieten von mehr Gewerbeflächen, aber auch von mehr Wohnflächen gewährleisten. Die Parzelle soll ins Eigentum der Stadt überwiesen werden. In der Erfolgsrechnung wird dieser Kauf nur leicht spürbar werden, da ja eben ein Gegenwert, ein sogenannter Aktivtausch stattfindet. Je nach Landverpachtung könnte sogar ein kleiner Gewinn ausgewiesen werden. Das Geschäft wird aber nicht steuerfusswirksam sein. Der Gegenwert bleibt zudem wohl bestehen oder wird sich in Zukunft gar noch erhöhen. Als besser verhandelbar sehen wir allerdings den Kaufpreis. Die Quadratmeterkosten orientieren sich klar an der obersten Grenze des Marktwerts, und das zwischen zwei Institutionen, bei denen jeweils dieselben Steuerzahler dahinterstehen. Da würde man sich eine etwas gemässigte Preisgestaltung wünschen. Da die Schulgemeinde ja aber nicht zwingend verkaufen muss, ist es diesbezüglich sicherlich schwierig, hier noch etwas heraus zu holen. Es macht ein wenig den Anschein, dass die Schulgemeinde preisgünstige Wohnungen und Gewerbeliegenschaften nicht unterstützen möchte. Natürlich soll der Preis aber auch nicht marktverzerrend sein. Aber mit einem günstigen Kaufpreis wäre die Ansiedlung von Firmen dort noch attraktiver und würde rasch mehr Arbeits- und mehr Wohnplätze schaffen. Mit der vorgesehenen Erschliessung über eine benachbarte Gewerbezelle wird auch eine für die Anwohner optimal verträgliche Lösung verfolgt. Alles in allem unterstützt die Fraktion FDP den Kauf der Parzelle einstimmig. Gemäss Art. 8 Abs. 1 Ziff. 7 der GO wird das Volk hierzu aber das abschliessende Wort haben.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP sowie der Fraktion SP: Da war doch was vor vier Jahren, dieses heiss diskutierte Geschäft, die hitzigen Ratsdiskussionen, der noch hitzigere Abstimmungskampf und – ja, dann war plötzlich nichts mehr, dann war ruhig. Für ganze drei Jahre, seit Februar 2019, ging auf und im Zusammenhang mit der Parzelle 50967, zumindest sichtbar gar nichts. Bis zum April dieses Jahres, als die Frauenfelder Woche – vielen Dank – die Lupe hervornahm und nachhakte. Der Baubeginn verzögere sich nach wie vor durch Einsprachen und das Projekt müsse bereinigt werden, war zu lesen. Weshalb erzähle ich Ihnen von alten Geschäften? Sie können es sich vorstellen, die beiden Geschäfte sind untrennbar miteinander verbunden.

Nun, das Positive vorweg: Dieses Mal kauft die Stadt Land und veräussert dieses nicht. So richtig glücklich sind wir aber trotzdem nicht, weshalb dieses Geschäft in unserer Fraktion intensiv diskutiert wurde. So müssen wir einwenden, dass hier vermutlich Land zu einem sehr guten Preis gekauft wurde, aus Sicht der Primarschulgemeinde. Das Land könnte innerhalb dieses Konstrukts nicht für eine Schule verwendet werden, wie die Botschaft selbst bestätigt, und dürfte, umzingelt von Autobahn und geplanten Car-Terminals, auch ansonsten relativ unattraktiv sein. Wir hätten uns hier etwas mehr Informationen zur Bewertung erhofft. So empfinden wir den Preis für sehr hoch und fast schon fragwürdig. Immerhin erhält mit der Primarschulgemeinde eine sehr unterstützenswerte Institution den Zustupf, oder wie Kollege Stähelin schon meinte: Linke Hosentasche, rechte Hosentasche.

Weiter wurde im Verlauf der Diskussion auch sehr präsent, dass die Parzelle 50967 damals sehr günstig abgegeben wurde. Die Kollegen auf der rechten Ratsseite, welche dieses Geschäft damals gestützt haben, würden im Normalfall von subventioniertem Grund sprechen – in liberalen Kreisen eher ein Schmähwort. Aber sei's drum. Nebst dem finanziellen Teil führte insbesondere der Zusammenhang mit den bereits genannten Geschäft zu Fragen, so stand in der Botschaft, seit mehr als zehn Jahren war es das Ziel des Stadtrats, die beiden Grundstücke gemeinsam zu entwickeln. Die Schule verkaufte ihre Grundstücke jedoch nur gegen Realersatz. Dieses konnte die Stadt nicht bieten. Wir haben es gehört, in der Zwischenzeit hat sich Folgendes geändert: Die Schule hat sich den Realersatz bereits selber beschafft und musste nur noch einen Abnehmer für dieses Grundstück am Pflanzschulweg finden. Da immer noch unklar ist, wie die Parzelle nebenan nun effektiv genutzt wird, der Verkauf hat ja noch nicht effektiv stattgefunden, stellt sich uns die Frage, wieso wir mit dem Kauf dieses Grundstücks von der Primarschulgemeinde nicht weitere zwei oder drei Jahre zuwarten, um zu wissen, was dieses Land effektiv mit sich bringt. Sei es an Nutzungsmöglichkeiten oder eben an Nachbarschaft. So wäre die Stadt möglicherweise sogar in der Lage, das ganze Areal zu entwickeln, wie bereits vor fünf Jahren angekündigt. Aber eben, nun lässt die Botschaft durchaus Fragen offen zur effektiven Gestaltung der Parzelle 50966, was scheinbar auch so gewollt ist. Denn der Kauf ist auf Vorrat, ohne konkrete Nutzungsidee. Ausser dass damit personalintensives Gewerbe angesiedelt werden soll. Nun, zum Glück gibt es da ein Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum seit dem 20. April 2016, an welches sich die Stadt Frauenfeld verbindlich zu halten hat. Auch wenn die Behauptung von Kollege René, so habe ich sie verstanden, vielleicht eine Unterstellung an die Primarschulgemeinde war, so muss sich die Stadt hier nicht allzu kreativ betätigen, um zu wissen, wie dieses Grundstück auch genutzt werden sollte. Schade nur, dass davon in der Botschaft nichts zu lesen ist.

Nach so viel Kritik möchte ich auf die eingangs platzierte Aussage zurückkommen. Wir freuen uns, dass der Stadtrat nun endlich aktiv wurde und auf die Anregungen, nennen wir es mal so, zur Liegenschaftenstrategie mitgenommen hat. Zudem möchten wir explizit loben, dass auch die Botschaft klar Stellung bezieht und das Land im Baurecht abgeben möchte. Deshalb werden wir, auch wenn teils mit einigem Murren, den Antrag zum Erwerb mehrheitlich annehmen. In diesem Sinn freuen wir uns auf die konkrete Botschaft, in welcher aufgezeigt wird, wie kostengünstiges Wohnen und Gewerbe sich dieses Gebiet aufteilen werden.

Gemeinderat Hanspeter Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Um planmässig städtebauliche Entwicklung zu fördern, hat der Gemeinderat dem Stadtrat einen Kredit für den Erwerb von Grundstücken gewährt. Gemäss Art. 8 Abs. 7 der Gemeindeordnung müssen Beschlüsse für den Erwerb für überbaute und unüberbaute Grundstücke durch die Gemeinde von über 2 Mio. Franken pro Objekt beschlossen werden. Da die Primarschulgemeinde Frauenfeld für den Verkauf des Grundstücks Parzelle Nr. 50966 die Zustimmung der Stimmbürger benötigt, kann mit wenig Aufwand die Zustimmung für den Kauf durch die Stadt Frauenfeld eingeholt werden. Das Grundstück befindet sich im westlichen Teil des Quartiers Kurzdorf. In unmittelbarer Nähe zum Grundstück befinden sich südlich und östlich hauptsächlich Wohnbauten. Nördlich der Parzelle finden wir Gewerbe und kleinere Industriebetriebe. Die Parzelle hat zwei verschiedene Bauzonen. Es sind Wohn- und Arbeitszonen, auch können Kleingewerbe und Dienstleistungsbetriebe angesiedelt werden.

Bestimmung Landwert: Beim Verkauf der Nachbarparzelle an die Firma Twerenbold im Jahr 2019 wurde ein Verkaufspreis von Fr. 5.7 Mio. vereinbart. Dies gibt einen Quadratmeterpreis von knapp 600 Franken. In der Wertschätzung der TKB vom 12. April 2022 für die Parzelle 50966 ergibt das einen gemittelten Wert von 861 Franken pro Quadratmeter. Dies ist in der heutigen Zeit im üblichen Rahmen. Die Primarschulbehörde hat für diesen Standort keine Verwendung mehr. Die Parzelle ist auch für eine Schulanlage nicht geeignet. Die Stadt Frauenfeld hat nun die Möglichkeit, mit dem Kauf für 8.9 Mio. Franken das Quartier Kurzdorf weiter attraktiv zu entwickeln und einen weiteren Beitrag an die Stadtentwicklung zu leisten. Die Fraktion SVP/EDU stimmt den Anträgen grossmehrheitlich zu. Vorbehalten bleibt die Urnenabstimmung vom 27. November 2022.

Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Ich habe vor der heutigen Sitzung mit einigen Gewerblern gesprochen, wie sie zu diesem Kauf stehen. Bei diesem Kauf geht es um 10'000 m² Land, es geht um eine Wohn- und Arbeitszone 3 mit rund 5000 m² und um eine Arbeitszone mit rund 4700 m². Bei der Wohnzone kann man 14.5 m hoch bauen, bei der Arbeitszone 16 m. Bei der Arbeitszone darf man Märkte, die über 300 m² haben, nicht realisieren. In der Wohnzone kann man eigentlich nur Mehrfamilienhäuser bauen, gemäss Vorschlag der Stadt wären es ja ungefähr 47 Wohnungen. Und der Preis ist rund 250'000 Franken billiger als die Schätzung 2020. Ich bin überzeugt, wenn man das heute noch einmal schätzen würde, könnte man noch 1 oder 2 Mio. Franken draufhauen, aber das ist für mich nicht unbedingt die Frage.

Warum teile ich Ihnen das mit? Ich teile Ihnen das mit, weil es für diese Parzelle wirklich Profis braucht. Wenn Sie Gewerbler wollen, können Sie auch Banker nehmen, Sie können auch andere Gewerbe nehmen, die eine grosse Wertschöpfung haben. Wenn Sie als normaler Gewerbler auf 600-fränkigem Boden Holz lagern wollen, wird es relativ schwierig, dann sind wir relativ teuer. Und das weiss jeder Profi, der damit zu tun hat. Das Gleiche ist, wenn wir günstiges Wohnen machen wollen, können wir es herunterrechnen, etwas umbuchen und es billiger geben, das wäre eine Variante.

In der Botschaft steht auf S. 8: «Die Stadt erhält mit dem Kauf der Liegenschaft 50966 die Möglichkeit, einen Gewerbepark mit Wohnanteil auf einer stadteigenen Parzelle zu realisieren und so zur Sicherung der Attraktivität des Lebens- und Wirtschaftsraums, des Quartiers, der Agglomeration und der Kantonshauptstadt Frauenfeld beizutragen.» Wir haben es heute in der Rechnung gehört, wir haben es auch sonst schon gehört, unsere Mitarbeiter sind zum Teil am Anschlag, zum Teil fehlen Mitarbeiter. Wir mussten vor nicht allzu langer Zeit einen Kredit genehmigen, einen hohen Nachtragskredit, weil man zugegebenermassen nicht das realisieren konnte, was man wollte. Sie erinnern sich an das Projekt Tierkörpersammelstelle. Das Lösungswort, welches ich auf der linken Seite lese, ist vor allem Baurecht. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, als Unternehmer und als Gewerbler ist für mich Baurecht eigentlich keine Option oder eine schlechte Option. Wir haben es jetzt in der Liegenschaftsstrategie, weil ich sage, unser Land braucht Gewerbler, die Substanz haben. Das Land braucht nicht Gewerbler, die Ende Jahr den Gewinn

auf die Besitzer dieser Buden verteilen, wir brauchen Gewerbler, die Substanz haben, die die Coronakrise überleben, die etwas auf der Kante haben, und die beste Substanz für einen Unternehmer ist, in der eigenen Firma zu arbeiten. Das ist eine der besten Substanzen, die man erreichen kann. Das ist ein bisschen schwierig bei diesem Land zu diesem Preis. Deshalb ist für mich Baurecht eigentlich nicht wirklich die Lösung. Ich finde, am Anfang hat sich die Stadt mit dem Landkauf gutgetan, das kann ich weiterhin unterstützen. Aber diese Parzelle braucht Profis, und zwar wirklich gute Profis. Dann schieben wir diese 9 Mio. Franken nach Beda Stähelin nicht von einem Sack in den anderen, sondern diese 9 Mio. Franken oder sogar 10 Mio. Franken hat dann die Schule auf der hohen Kante und die Stadt kann, wenn sie mit der Schule spricht, vielleicht sogar noch Einfluss nehmen.

Ein weiterer Punkt ist, es ist schon einfach nicht so, dass wir einfach ein Nullsummenspiel haben und in der Erfolgsrechnung es nicht merken. Wir parkieren da 9 Mio. Franken. Und wir parkieren die 9 Mio. Franken, wenn wir es im Baurecht abgeben, relativ lang. Apropos Baurecht: Ich höre immer von Problemen von den Baurechtszinsen, die wir gemacht haben. Überall lese ich, dass das noch nicht ganz gelöst ist, Reutenen und andere Geschichten. Man hat gar noch nicht so viel Erfahrung mit dem Baurecht. Ich weiss einfach eines, da kann der Schuss brutal hinten raus, dass wir eine Altlast erben. Denn wenn Sie Gewerbe haben, kann auch eine AG morgen schliessen, übermorgen ist sie Konkurs, gibt die Bilanz ab und Sie haben eventuell eine Altlast. Es ist nicht einfach nur risikofrei. Das sind die Punkte, die ich sagen möchte. Ja, die Stadt kauft Land, bei diesem Stück Land bin ich dagegen, denn das braucht Profis, die das können, die das umsetzen können, die Ressourcen haben, grosse Ressourcen haben. Und das fehlt, bin ich der Meinung, deshalb werde ich diesem Antrag nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Für die Vorbereitung auf diese Sitzung habe ich mir das Protokoll der Liegenschaftenstrategie der Gemeinderatsdebatte vom letzten Frühjahr noch einmal zu Gemüte geführt. Unter anderem haben die Fraktionen auf der bürgerlichen Seite geschlossen moniert, die Stadt müsse mehr für das Gewerbeland unternehmen. Wir sind nach dieser Debatte in die Verhandlungen mit der Schulgemeinde getreten, um dieses Land zu erwerben, weil uns immer – nicht im direkten Gespräch – gesagt wurde, wir sollen Gewerbeland im eigenen Sack haben, um Verhandlungen zu führen, um Tauschgeschäfte zu machen und um Baurecht abzugeben. Das haben wir jetzt gemacht. Wir haben entsprechend der Voten der bürgerlichen Seite in der Liegenschaftenstrategie und Voten von Unternehmern gehandelt. Und es ist auch richtig, wenn die Schulgemeinde Ersatzland hat, dieses Land nicht benötigt, es behält, wenn der Bedarf an Gewerbeland vorhanden ist. Und der ist vorhanden. Und wenn wir hier von Transparenz und Information sprechen, welcher Gewerbler möchte schon, wenn es um einen Abtausch oder ein Baurecht geht, dass das öffentlich im Gemeinderat besprochen wird? Da finden Sie keinen. Und diese Verhandlungen, diese Sachen sind sehr wichtig, dass sie diskret stattfinden, in Gesprächen mit wenigen Personen. Der Stadtrat ist auch nicht über jeden Schritt informiert, was das Departement Bau und Verkehr mit der Liegenschaftsverwaltung verhandelt. Sie kommen dann zum Zug, wenn sie zum Zug kommen müssen. Einfach dass Sie wissen, es braucht Vertrauen zum Gegenüber, um Gewerbe anzusiedeln. Das vorneweg.

Ich möchte aber zuerst dem Schulpräsidenten der Primarschulgemeinde danken für die angenehme Zusammenarbeit. Sie sprechen jetzt von einem hohen Preis, wir könnten es auch in zwei oder drei Jahren kaufen. Da muss ich nicht ein grosser Hellseher sein, da wird das Land wahrscheinlich teurer sein. Es gab mal Anfang der 90er-Jahre einen Knick, aber ich glaube nicht, dass jemand Land verkaufen würde, wenn es schlecht geht. Das Land wird teurer, es wird nicht günstiger, die Schweiz hat nicht so grosse Flächen wie das Ausland, also müssen wir schauen, dass wir das einheimische Gewerbe, das sich entwickeln möchte, oder auch strategisch sinnvolles Gewerbe von aussen in Frauenfeld ansiedeln können, das hilft letztendlich auch dem Steuerfuss.

Ich mache jetzt noch kurz einen Schwenker zur Rechnung und zu Landverhandlungen. Sie verstehen vielleicht, wenn es um Strassenbauten geht, wenn Landverhandlungen anstehen, ist das

Budgetieren nicht wirklich immer einfach. Und auch dort braucht es Diskretion, die wir sehr ernst nehmen, auch im Tiefbauamt. Das möchte ich einfach auch noch dazu gesagt haben.

Twerenbold wurde noch angesprochen. Die Bewilligung ist jetzt beim Kanton, die Einsprachen sind abgehandelt.

Angesprochen wurde noch der preisgünstige Wohnraum. Der Stadtrat hat eine Aufgabe, bis Ende Jahr die Überarbeitung zu bringen. Wir sind in der Schlussphase der diesbezüglichen Arbeiten. Sie können selber rechnen, wenn wir nicht in der Schlussphase sind, wo wir dann sind. Der Stadtrat wird auf jeden Fall informiert, dass er auch dann dementsprechende Beschlüsse beschliessen kann, um Ihnen allenfalls auch noch vorzulegen.

Dann wurde auch noch einmal die Frage an mich getragen, wieso das Geschäft nicht über das Landkreditkonto abgewickelt wurde. Das ist ganz einfach. Die Schulgemeinde muss vors Volk, wieso soll dann die Stadt nicht vors Volk? Und ein diskretes Handeln ist nicht notwendig. Das ist einfach klar, und somit gehen wir beide vors Volk. Es macht ja Sinn.

Und ja, man kann sagen, Kapital wird kosten. Das wird kosten, das ist nicht gratis, aber wenn wir etwas flexibel sein wollen und Masse haben wollen, um aktiv Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit dem Stadtpräsidenten und seinen Leuten zu betreiben, müssen wir solche Flächen haben.

Und auf die Frage, ob wir auf dieser Parzelle schon etwas konkret geplant haben: Das haben wir nicht. Das dürfen wir auch nicht, denn zuerst muss die Bevölkerung sagen, ob wir das kaufen dürfen oder nicht. Und das Verfahren bei Twerenbold läuft, das Baugesuch liegt zurzeit beim Kanton, also gibt es noch Zeit. Bis die Stadt das hat und etwas darauf entwickelt hat, wird es auch nicht in einem halben Jahr so weit sein. Wir haben ja aus dem Twerenbold-Geschäft gelernt, dass wir die Nachbarschaft ausführlich informieren müssen, damit sie wissen, was in diesen Gebieten entstehen kann. Und die Erschliessung ist geregelt.

Es ist für die Stadt Frauenfeld wichtig, dass wir solche Gewerbearealen haben, um aktive Wirtschaftsförderung zu betreiben, das Gewerbe zu pflegen oder neues anzusiedeln, was neue Arbeitsplätze bringt. Und es gibt in der Liegenschaftsstrategie auch noch die Option von Tauschgeschäften. Von diesem hört man nicht. Also wenn jemand kommt und uns ein Tauschgeschäft anbietet, kann man auch ein Tauschgeschäft machen, muss die Werte abgleichen, also es ist nicht nur Baurecht.

Und noch zur Heimfallentschädigung bei bestehenden Baurechtsverträgen oder von Gewerbe: Wir sprechen da von grüner Wiese. Und bei Heimfallentschädigung bei Wohnbauten sprechen wir von 80 % Neubauwert oder solche Sachen. Das sind andere Dimensionen, wie diese auf die Finanzen wirken. Und dann ist die Frage, ist es eine Finanzliegenschaft oder eine Verwaltungsliegenschaft, und da liegen auch Differenzen. Es bestünde die Möglichkeit für einen Gewerbestandort, ob das dann so kommt, steht in den Sternen. Zuerst müssen wir das Land besitzen und ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie wohlwollend diesem Kaufgeschäft zustimmen und der Stadt Frauenfeld die Möglichkeit geben, bei der Ansiedlung von Gewerbe mehr Spielraum geben, damit wir das auch sinnvoll nutzen können. Was sinnvoll ist, muss jeder selber wissen. Der Stadtrat ist Ihnen dankbar, wenn Sie uns damit unterstützen.

BESCHLUSSFASSUNG

Der folgende Antrag 1 der GPK Finanzen und Administration wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen angenommen:

«Dem Kauf der Parzelle 50966 – Pflanzschulweg – zum Kaufpreis von 8.9 Mio. Franken von der Primarschulgemeinde wird zugestimmt und die Parzelle direkt in das ordentliche Finanzvermögen überführt.

Dieser Beschluss unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung der Stadt Frauenfeld gemäss Art. 8 der Gemeindeordnung.

Zum Kauf bzw. Verkauf der Parzelle 50966 bedarf es zudem der Zustimmung der Stimmberechtigten der Primarschulgemeinde.»

Der Antrag 2 der GPK Finanzen und Administration lautend auf «Der Antrag 2 gemäss Botschaft wird ersatzlos gestrichen.» wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP): Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Zum Schluss habe ich noch folgende Mitteilungen weiterzugeben:

Heute wurde von Gemeinderat Christoph Tobler eine Einfache Anfrage zum Thema «Nutzung der hinteren Badiwiese während Neubau Hallenbad» eingereicht. Weiter wurde von Gemeinderat Roman Fischer eine Einfache Anfrage zum Thema «Verkehrsführung bei Baustellen entlang der Bahnhofstrasse» eingereicht.

Weiter weise ich auf die zwei sportlichen Veranstaltungen hin, über die Sie per Mail informiert worden sind. Gemeinderätin Severine Hänni organisiert einmal mehr das Fussballderby Gemeinderat vs. Stadtverwaltung am 19. August. Es hat noch Bedarf, damit die Mannschaft wirklich inklusive Ersatzspieler/innen spielfähig ist. Bitte meldet euch doch bei Severine Hänni. Dann lud uns Gemeinderat Michael Pöll ein, an der Polit-Trophy am Stadtlauf vom 27. August teilzunehmen. Ich würde mich freuen, wenn wir auf diese Weise auch sportlich miteinander uns mit der Stadtverwaltung messen können.

Dann habt ihr eine Vorankündigung bekommen für den Freitag, 23. September. Es wird eher ein Gemeinderatsfest werden mit kleiner Exkursion vorher. Da werden auch die Zurückgetretenen der letzten zwei Jahre dabei sein. Die Einladung wird nächstens kommen. Es wäre schön, wenn ihr euch diesen Termin am 23. September freihalten könntet. Es wird erst gegen Abend sein, nicht den ganzen Tag.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 6. Juli um 18:00 Uhr statt.

Und jetzt darf ich noch danken. Euch allen für das aktive und konstruktive Mitdiskutieren, Giuseppe D'Alelio und dem Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung und der Stadtgärtnerei für den Blumenschmuck. Hiermit erkläre ich die Gemeinderatssitzung für geschlossen. Ich wünsche einen schönen Abend.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:35 Uhr
